

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 110 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Dienstag, 15. Mai 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Stalin wied uncuhiq

Seite 3

Wec bezahlt die deutsche Aufstüctung

Seite 4

Die Stimmung im Reiche

Seite 7

Prozeß Paula Wallisch

Seite 7

„Thälmann des Todes schuldig“

Der große Kommunistenprozeß — Es werden Todesurteile gefordert Gestern und heute

Berlin, 14. Mai. Aus der „Deutschen Wochenchau“ macht ein Aufsatz die Kunde durch die ganze nationalsozialistische Presse, der die legale Ermordung des Kommunistenführers Thälmann fordert. Sowohl in der erwähnten Zeitschrift wie in den nationalsozialistischen Zeitungen trägt der Aufsatz die Überschrift: „Thälmann des Todes schuldig“. Es wird der Beginn des Prozesses gegen den Kommunistenführer angekündigt und das Todesurteil gefordert. Da Thälmann nach der Beiseiteziehung des Reichsgerichts vor das neue rein politisch zusammengesetzte Volksgericht gestellt werden wird, ist die Preifaktion der Beginn eines Massendruckes auf die Richter, unter allen Umständen ein Todesurteil zu fällen. Man will eine Niederlage des Regimes, wie sie im Reichstagsprozeß vor der ganzen Welt offenbar wurde, vermeiden. Dieser Gedankengang übersteht allerdings, daß ein Bluturteil, für das auch im Falle Thälmann keine Unterlagen vorhanden sein werden, noch größere Schande für das „dritte Reich“, sumal im Auslande, bedeuten würde, als die Einkerkelung, die monatelange Befestigung Unschuldiger und die Mordtaten des preußischen Ministerpräsidenten gegen wehrlose Angehörige im Weizsäcker Prozeß. Es scheint so, als begriffen das manche Leute in der Reichsregierung sehr wohl, und als ob deren Gegner die Rachegefühle roher Massenkräfte gegen vernünftige Erwägungen mobilisieren wollten.

Aus kraftmeyerischen und unvorsichtigen Reden Thälmanns, an denen freilich kein Mangel ist, will man eine persönliche Verantwortung für kommunistische Terrorakte, insbesondere für Morde herleiten, an denen Kommunisten beteiligt waren. Das im Grunde nichts gegen Thälmann vorliegt, geht aus folgendem Abschnitt des Aufsatzes hervor:

Wenn auch die KPD. meisterhaft bei allen ihren Aktionen die Spuren zu verwischen suchte, in dem Falle Thälmann handelt es sich nicht um die Verantwortung für eine Einzeltat, sondern für unzählige Mordtaten, um die Verantwortung für eine Methode politischer Verhöhnung, die Deutschland jahrelang einem Zustand des Bürgerkriegs überantwortet hat.

Es kommt nicht darauf an, ob ein direkter Befehl an diese oder jene untergeordnete Stelle erlangen ist, trotzdem selbstverständlich auch das sehr leicht nachweisbar ist. Es kommt darauf an, ob die oberste KPD-Führung und Thälmann selbst den Anstoß zu dem Terror gegeben

haben und ob sie ihn nachträglich in Wort und Schrift gutließen.

Unter anderem wird Thälmann für den Blutsonntag in Altona, der 17 Todesopfer forderte, verantwortlich gemacht. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Gagerstedt, der damals den nationalsozialistischen Umzug erlaubte, in dessen Verlauf es zu den schweren Schickereien zwischen Nazis und Kommunisten und zum Einsatz von Polizeikräften kam, ist bekanntlich vor einiger Zeit im Konzentrationslager ermordet worden. Nun soll die Rache an dem Kommunistenführer folgen.

Der bevorstehende Prozeß soll noch einmal die Welt glauben machen, daß die Nationalsozialisten Deutschland vor dem Bolschewismus bewahrt haben und Thälmann soll als der Urheber bolschewistischer Mordlust dargestellt werden.

Gegen den Kommunistenführer ist sehr viel einzuwenden. Vor allem dies: er hat weder die intellektuellen noch die charakterlichen Fähigkeiten, die an einen Mann gestellt werden, der eine so hochentwickelte Arbeiterklasse wie die deutsche führen soll. Das festzustellen wird uns die gehässige Entrüstung kommunistischer Journalisten nicht hindern. Verlogen und v-rröht aber ist es, Ernst Thälmann zu einem Mordbrenner hempelnd zu wollen.

Der geplante Prozeß soll die von verblendeten Rachegeplüßtern für notwendig erachtete Ermordung Thälmanns legalisieren und dem Volk ein großes Schauspiel zur Ablenkung von den täglichen Notzuständen bieten, soll außerdem die vielen Millionen Gegner des Systems einschüchtern und niederhalten.

Der Prozeß wird das Gegenstück von dem erreichen, was beabsichtigt ist. Er wird die Revolutionierung in Deutschland beschleunigen. Das System hat kein Glück mehr, und Blut und Schrecken werden das Glück nicht zurückbringen.

Die Sozialisten aber haben die Pflicht, mit allen zusammenzutreten, die Thälmanns und seiner Kameraden Rettung vor den Bluttrichtern und Senkern des deutschen Reichskanzlers fordern und betreiben. Thälmann und seine Mitangeklagten, gegen die nichts vorliegt als kämpferische Reden, wie sie viel terroristischer vom Reichskanzler selbst und tausenden seiner Unterführer gehalten wurden, sind in höchster Lebensgefahr. Die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt muß gegen die Justizbarbarei des „dritten Reichs“ aufgestellt werden, um Justizmorde an den kommunistischen Führern zu verhindern.

Keine Naziuniformen in katholischen Kirchen

Versöhnliche Rede des Gauleiters von Köln

Köln, 13. Mai. Vor kurzem ist der katholische Regierungspräsident zur Bonfen nach Stettin versetzt worden. An seine Stelle trat der frühere Leiter der Geheimen Staatspolizei Diels. Noch ehe dieser Gelegenheit hatte, in die schweren Auseinandersetzungen einzugreifen, die gerade im Rheinland zwischen katholischer Kirche und Nationalsozialismus um die katholische Jugend geführt werden, hat der Gauleiter und Staatsrat Grohe in dem Städtchen Waldbröl im Siegbkreis eine Rede gehalten, die auf ein Einlenken der Nationalsozialisten hinzuweisen scheint. Laut dem „Westfälischen Beobachter“ (Nr. 205) sagte er:

Die Kirche habe bis in die jüngsten Tage es ungern gesehen, daß Volksgenossen mit der Uniform der nationalsozialistischen Bewegung in der Kirche erschienen seien. Sie habe auch mehrfach erklärt, daß das Mitbringen von Fahnen der NSDAP. in die Kirche nicht gestattet werden könnte. Die NSDAP. sei immer bestrebt gewesen, den Wünschen der Kirche so weit als möglich entgegenzukommen. Es sei deshalb richtig, wenn alle Parteigenossen in Zukunft ihre Kirchenpflichten in ziviler Kleidung erfüllen und die Uniform nur außerhalb der Kirchen tragen würden.

Die NSDAP. habe sich immer mit Recht dagegen gewandt, daß das Zentrum die Kirche zu seinen politischen Zwecken mißbrauche. Die NSDAP. dürfe sich auch nicht den Wünschen geben, als wolle sie heute durch den Besuch der Kirche in Uniform daselbst tun, was sie früher mit Recht den konfessionellen Parteien vorgeworfen habe.

Die Vertreter der Kirche hätten ihre Geistlichen angewiesen, Anträgen auf Abhaltung von Feldgottesdiensten nicht stattzugeben, weil durch die übliche Teilnahme von Katholiken und Protestanten an solchen Feld-

gottesdiensten die konfessionelle Verschiedenheit verwischt werden könnte. Auch in dieser Beziehung wolle man der Sorge der Kirche durchaus Rechnung tragen, und zwar dadurch, daß in Zukunft Feldgottesdienste nicht mehr in die Veranstaltungsprogramme aufgenommen würden.

Am frühen Morgen es auch ganz in der Richtung des nationalsozialistischen Volkes das Braunhemd als Symbol der Gemeinschaft aller Deutschen ohne Rücksicht auf Konfessionen zu betrachten; und ebenso bei nationalsozialistischen Veranstaltungen alle trennenden Momente, wie sie ja auch im Konfessionellen lägen zu vermeiden.

Bei dieser versöhnlichen Geste darf aber nicht übersehen werden, daß sie ein tatsächliches Entgegenkommen an die Forderungen der Kirche noch nicht bringt. Es bleibt bei den Verboten des Uniformtragens, der öffentlichen Aufmärsche, des Sports und aller Betätigungen nichtreligiöser Art für die konfessionellen Jugendvereine. Die Rede Grohes ist veranlaßt durch die große Unzufriedenheit im Rheinlande, wo die Nationalsozialisten längst wieder nur eine Minderheit im Volke geworden sind.

Katholische „Aasgeler“

Eine Beschwerde des Bischofs von Berlin

Die „Oberschlesische Volkszeitung“ bringt einen Bericht über eine Versammlung der Hitlerjugend in Hindenburg, den sie mit folgender Überschrift versieht: „Ammerlahn gegen die Aasgeler der Nation.“ Der Obergebietsführer Ost der HJ. wider die Zwittertracht. — Das Lager der Ber-

Fortsetzung siehe zweite Seite.

Gestern und heute

„Was aber den jetzigen Aufschwung betrifft, so verdient ein Teil der neuangestellten Arbeiter vorläufig nicht sehr viel mehr als Lohn als zuvor an Arbeitslosenunterstützung.“

In welchem Heftblatt stand das schon wieder? In der „Frankfurter Zeitung“ vom 13. Mai, Handelsteil, Seite 5 — in einem langen Artikel gut versteckt, aber doch nicht eben unauffindbar.

Das ist noch präziser ausgedrückt, als wenn man bloß sagt, „daß diesen vier Millionen nicht die Löhne bezahlt werden, die ein der Kulturhöhe des deutschen Volkes entsprechender Lebensstandard bedingt und daß das Los des Arbeiters noch nicht das menschenwürdige Kulturiveau erreicht hat“. Immerhin, für Herrn Dr. Göbbels ist solch ein Zugeständnis allerhand. Er hat es in seiner letzten großen Rede im Sportpalast machen müssen.

Am kräftigsten war es freilich, als einer schrie: „Den deutschen Arbeitern werden heute Hungerlöhne gezahlt — im Interesse des nationalen Wiederaufbaus.“ Der dies, halb ergrimmt, halb beklommen zugab, war Herr Dr. Ley, Führer der Deutschen Arbeitsfront. Er sagte es vor mehr als einem Monat, und wie man sieht, ist es inzwischen nicht besser geworden.

Und dann wundern sich manche Leute, wenn auf der Werft von Blohm u. Voß in Hamburg nur 23 Prozent der Belegschaft für die Nazis stimmen, die zugleich die Liste des Unternehmers ist: wenn es bei Siemens u. Halske in Berlin auch nur etwa 30 Prozent waren und auf den Zechen des Ruhrgebiets gar nur vier bis zehn. Ja, wer von der deutschen Arbeiterschaft nur gehört hat, daß sie „dem Führer zugejubelt“, der muß sich freilich mächtig wundern: Hitler hat in den deutschen Betrieben anscheinend im Durchschnitt nur ein Viertel der Arbeiter hinter sich.

Die übrigen drei Viertel, von denen Herr Dr. Göbbels zugab, daß sie noch kein menschenwürdiges Kulturiveau erreicht hätten, sind offenbar dieselben, von denen er in der gleichen Rede sagte: „Sie haben an allem etwas auszusehen. Sie kleben sich an die lächerlichsten Kleinigkeiten.“

Darum, sagte Göbbels, soll man Opfer bringen. Der Unternehmer so gut wie der Arbeiter, der Arbeiter so gut wie der Unternehmer. Dieser Göbbels merkt schon gar nicht mehr, wie geläufig er bereits den Unternehmerjargon spricht.

„Frollein“, sagt der Chef, „Sie müssen nicht gleich ein Gesicht ziehen, wenn Sie mal ne halbe Stunde länger bleiben müssen. Ich rackere mich täglich vierzehn Stunden für den Betrieb ab und sehe auch nicht auf die Uhr.“ Seht ihr: Der Unternehmer bringt wirklich Opfer für seine — des Unternehmers — Sache. Da kann er wohl verlangen, daß auch der Arbeiter Opfer für seine — des Unternehmers — Sache bringt. Das nennt man die trennenden Unterschiede besseigen.

Und darum, so meinen Hitler, Göbbels und Ley, sei es schließlich doch keine übertriebene Zumutung, wenn der Arbeiter eine Zeilang seine Arbeitskraft fast umsonst verkauft, es geschieht ja im Interesse des nationalen Ausbaus.

Ja, im Interesse dieses Ausbaus würde der Arbeiter seine Arbeitskraft wahrscheinlich gerne für geringes Entgelt in den gemeinsamen Topf werfen. Wenn er wüßte, daß es sein Topf und sein Aufbau sei. Statt dessen sieht er nur das alte, trübselige Geschäft, das man seit Jahrzehnten kennt: Verkauf der Ware Arbeitskraft zu gedrückten Preisen. So gedrückt wie noch nie.

Das Materielle an dem Vorgang ist schlimm. Das Moralische vielleicht noch schlimmer. Die Arbeitskraft ist des Arbeiters einziger Besitz. Man mutet ihm zu, ihn für einen Bettelpfennig herzugeben. Kein Minister, kein Unternehmer kann nachempfinden, was das für die Selbstachtung des Arbeiters bedeutet. Ihre Geltung in der Gesellschaft ist tausendfach gesichert durch Besitz und sozialen Einfluß. Die Geltung des Arbeiters hängt von der Geltung seiner Arbeitskraft ab. Sinkt diese ab, dann sinkt er ihr auf die Dauer unweigerlich nach.

Diese Senkung ist unter Hitler in vollem Zug. Kein Gerede von „vorübergehenden Opfern“ kann die Arbeiter darüber täuschen. Darum — das stellt sich jetzt bereits heraus — ist das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ ein schwerer Fehlschlag gewesen. Ein Fehlschlag, weil die Täuschung mißlang.

Argus

einander wird aufgedeckt. — Gegen die schwarzen Wühlmäuse. — Auch jeder katholische oberösterreichische Junge in die H. Das „Katholische Kirchenblatt“ für das Bistum Berlin bringt den Fortlaut des Berichtes und die darin enthaltene Rede des Obergebietsführers Ost der H., Ammerlahn. Bericht und Rede strotzen von den schlimmsten Ausfällen gegen die „schwarzen Wühlmäuse“, deren Ziel es sei, die werdende deutsche Einheit zu vernichten. Das „Katholische Kirchenblatt“ versteht seinen Bericht mit folgender Einleitung:

„Erzengel, der Hochwürdigste Herr Bischof Dr. Vares, hat sich in dieser Angelegenheit beschwerdeführend an den Herrn Reichsminister des Innern, sowie mit Abschrift an den Herrn Reichskanzler, an den Herrn Bizekanzler u. Pagen und den Herrn Ministerpräsidenten Götting gewandt. Auf verschiedene Anfragen gibt das Bischöfliche Ordinariat bekannt, daß E. Erzengel über das Ergebnis der vom Herrn Reichsminister des Innern veranlaßten Untersuchung noch keine Mitteilung gemacht ist.“

Sturmtrupps gegen „Volkskirche“

Der Minister für die Rohlinge

Dresden, 13. Mai. Der sächsische Minister des Innern hat alle weiteren Versammlungen der Gemeindebewegung „Evangelische Volkskirche“ auf dem Gebiet des Freistaates verboten. Diese Bewegung verfolgt die gleichen Ziele wie die freien Synoden in Westdeutschland und Berlin-Brandenburg. In einer Versammlung in einem Vorort von Dresden, in der Superintendent Hahn, der Führer des sächsischen Pfarrereibundes, über kirchliche Fragen sprach, verschaffte sich ein Sturmtrupp der Deutschen Christen gewalttätigen Zutritt und unterbrach den Redner durch Zwischenrufe und Lärm. Schließlich verbot ihm ein in Zivil erscheinender SA-Führer das Weiterreden. Die Störungen nahmen zu, und die Polizei schritt zur Aufrechterhaltung der Versammlung. In ähnlicher Art wurde auch in anderen Städten in die Versammlungen der Befreiungsbewegung eingegriffen. In Chemnitz sogar eine ätzende Flüssigkeit ausgegossen. Das Innenministerium antwortet darauf „aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ mit dem Versammlungsverbot, das den angegriffenen Teil ins Unrecht versetzt. Die öffentliche Tätigkeit der „Evangelischen Volkskirche“ ist damit lahmgelegt, da ihr außer dem gesprochenen Wort kein anderes Mittel mehr zur Verfügung geblieben hatte.

Ribbentrops Mißerfolg

Sein Bericht in Berlin

Berlin, 14. Mai. Der Bevollmächtigte für Abrüstungsfragen von Ribbentrop hat dem Reichskanzler Bericht über seine Reise nach London erstattet. Die Presse hat Anweisung erhalten, sich mit der Reise von Ribbentrops nicht viel zu beschäftigen, da sie nur rein informativ Charakter getragen habe. In Wahrheit ist man über die Ergebnisse des Besuchs enttäuscht. Von Ribbentrop ist in London sehr kühl empfangen worden. Es wurde ihm klar gemacht, wie sehr der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund die Abrüstungsverhandlungen erschwert und kompliziert und die Ausfüllung Deutschlands die Spannung in Europa vermehrt habe. Trotz der zur Schau getragenen Selbstsicherheit wachsen die Sorgen der Reichsregierung auch in der Abrüstungsfrage, da sie sich sehr wohl bewußt ist, daß ihr bei einem allgemeinen Wettstreit bald der Atem ausgehen muß.

Saardebatten in Genf

Strafbestimmungen werden festgesetzt

Genf, 13. Mai. Die Ausschüsse für die Saarfragen sind in lieberhafter Tätigkeit. Es haben sich dabei aber locale Meinungsverschiedenheiten herausgestellt, daß die Basisarbeit besteht, daß der Völkerbund die ganzen Saarangelegenheiten erneut nachprüfen läßt und daher in seiner Mitwirkung von der Tagesordnung ablenkt.

Der Juristenaußschuß ist beim Hauptaußschuß auf grundsätzliche andere Auffassung gestoßen, besonders in der Frage der „besitzlosen“ Abstammung. Es scheint, daß der Hauptaußschuß die Abstammung nach Bürgermeistereien als mit dem Versailler Vertrag im Einklang stehend betrachtet, während der Juristenaußschuß mehr an den in Saargebiet bestehenden kommunalen Kreiseinteilungen festhalten möchte.

Die Sitzungen der Ausschüsse sind streng geheim, so daß es außerordentlich schwer fällt, näheres über die Vorgänge und Besprechungen zu erfahren. Man hört aber, daß der Sachverständigen-Außschuß neben der Bildung von Abstammungsgerechten sich auch schon mit Strafbestimmungen befaßt habe für Verstöße gegen Wahlhandlungen, die auf hohe Geldstrafen (bis 5000 Fr.) und bis sechs Monate Gefängnis lauten sollen.

Der französische Außenminister Barthou ist in Genf eingetroffen. Es steht fest, daß er sich persönlich um die Saarfrage bemüht. An der Ausschusssitzung am Montag wird er teilnehmen. Frankreich greift in der Saarfrage also energisch ein, während Hitler mit seinem „dritten Reich“ durch den Austritt aus dem Völkerbund sich der Möglichkeit selbst beraubt hat, in Genf und in der Saarfrage ein gewichtiges Wort mitzureden.

Neues polnisches Kabinett

Professor Dr. Kozlowski

Warschau, 13. Mai. Am Sonntag fand eine Sitzung des polnischen Ministerrates statt. Anschließend begab sich Ministerpräsident Penderjewicz auf das Schloß zum Staatspräsidenten, dem er im Namen der ganzen Regierung das Rücktrittsgesuch überreichte. Das Gesuch wurde vom Staatspräsidenten angenommen. Mit der Bildung des neuen Kabinetts wurde Professor Dr. Leon Kozlowski beauftragt. Die Bildung des neuen Kabinetts wird bereits Sonntag erfolgen. Dr. Leon Kozlowski ist Professor an der Universität Warschau. Er war früher Minister für Agrarreform und Unterrichtsminister der Finanzen im zurückgetretenen Kabinett. Der Regierungsrat „Außer Vorwand“, der den Penderjewicz am Sonntag morgen anforderte, will wissen, daß der zurückgetretene Ministerpräsident aus Gesundheitsgründen eines längeren Erholungsurlaubes bedarf.

Man fürchtet sich . . .

Die deutsche Diktatur im holländischen Urteil

Wir entnehmen aus „De Nieuwe Rotterdamse Courant“:

„Die Einziehung des Volksgerichtshofes für Hoch- und Landesverrat in Deutschland gibt zu denken. Wir erblicken darin dieselbe Mentalität, welche zu der Ernennung Himmlers zum Chef der Geheimen Polizei führte, und die Göring-Beranlassung gab, den Staatsfeinden strengere Maßnahmen anzukündigen. Man hat es den Nazis bei der Eroberung der Macht ein bißchen zu leicht gemacht. Es gleich zuletzt einem unbedingbaren Siegeszug. Alles wird vor ihnen und die wenigen, die sich noch widerten, wurden sehr schnell in Konzentrationslagern unschädlich gemacht. Das Dakenkreuz schien auf der ganzen Linie gesetzt zu haben. Tatsächlich die Ueberwältigung war gelungen; als man aber einmal die Macht in Händen hatte, schon der Widerstand doch noch nicht ganz tot zu sein . . . Wenn man nämlich nachdenkt, man den Gipfel der Macht erklimmen hat, noch das Bedürfnis fühlt, den geschlagenen Feind zu vernichten (wie es Hitler tut). Man verliert über alle Macht, aber doch fühlt man sich nicht sicher. Darum wird die Justiz, die bisher noch in gewissen Grenzen ihre Unabhängigkeit bewahrt hatte, nun ganz zu einem Behälter der Politik. Durch die Einziehung des Volksgerichtshofes wird sie von einem Rechts- zu einem Machtinstrument. Für politische Verbrechen oder zumindest dem, was man dort darunter versteht, soll es in Zukunft kein Recht mehr geben, sondern nur noch eine „rückende Gerechtigkeit“. Einen Verleumdiger mag das Opfer zum Schein noch

haben, aber das Gericht muß ihn genehmigen, und eine Unternehmung ist überflüssig, wenn der Staatsanwalt das für unnützlich befindet. Der Gerichtshof selbst besteht aus drei Parteigenossen und zwei Vertretern der gerichtlichen Macht. Zwar können die drei Parteirichter die anderen formell nicht überstimmen, da nicht nach der Mehrheit von Stimmen das Urteil gefällt wird, aber es würde von den beiden Berufsrichtern zuviel verlangt sein, deren Existenz von dem Richter mit der Regierungsmacht abhängt, daß sie gegen den Beschluß der Partei, die mit dem Staat natürlich unter einer Decke steht, protestieren. Praktisch läuft die Einziehung des Volksgerichtshofes darauf hinaus, daß der Angeklagte sich vor seinen politischen Feinden zu verantworten hat, die vorerwähnten Recht sprechen werden, was sie Recht nennen, aber was in den Augen der Menschheit in vielen Fällen Unge rechtigkeit sein wird. Mit jedem Schritt, den der Nationalsozialismus unternimmt, um seine Position zu behaupten, wendet er sich weiter ab von der gangbaren Moral in Westeuropa. Mit der Verfolgung der Richter wendet man gleich die Antipathie des Weltens — die Art und Weise, auf die man politische Gegner behandelt und das Verhalten Oesterreichs gegenüber verschärft diese Antipathie noch. Dazu kommen nun noch die Verungung der Schulden und die Ver gewaltigung des Rechtes. Man kommt vom Bösen zum Schlimmeren, und dennoch wundert man sich, daß nicht jeder in tiefer Bewunderung mit einstimmt in das Belligeruse der Hitlerianer.“

Zwei Gasometer explodiert!

Viele Tote und Verletzte

Hongkong, 14. Mai. Auf einer der westlichen Inseln der Stadt flogen zwei Gasometer in die Luft. Man befürchtet, daß hierbei zahlreiche Menschen ums Leben gekommen sind. Die Explosion war so heftig, daß die Häuser der Umgebung völlig zerstört wurden. Die Explosion hatte viele Brände im Gefolge, an deren Bekämpfung die Feuerwehr mit allen Kräften arbeitet.

Hongkong, 14. Mai. Das schwere Explosionsunglück hat bis jetzt 20 Tote gefordert. Etwa 100 Verletzte liegen in den Krankenhäusern. Wie nunmehr feststeht, ist nur ein Gasometer in die Luft geflogen, doch handelt es sich um den größten Gasometer von Südchina. Ueber die Ursache des

Unglücks verläutet, daß offenbar der Gasdruck zu stark gewesen ist, wodurch eine Klappe des Gasometers fortgeschleudert wurde. Ein riesiger Gasstrom ergoß sich nunmehr durch die Strahlen, drang in die Wohnhäuser und entzündete sich am offenen Herdfeuer. Im Augenblick entfiel an mehreren Stellen ein Brand, bei dem der Gasometer schließlich in die Luft flog. Die Wohnungsinhaber sprangen aus den Fenstern, andere stürzten einseitig auf die Strahlen und schrecklich verbrannten Gesichtern und verjagten Haaren. Unter den Toten, die z. T. bis zur Unkenntlichkeit verbrannt sind, befinden sich zahlreiche Frauen und Kinder. Die Feuerwehren der ganzen Umgegend sind an den Unglücksort gerufen worden.

SA-Mann ermordet

Geheimnisvolles Verbrechen

(DNB.) Vänera, 14. Mai. Die Kriminalpolizei teilt mit: Am Sonntagmorgen gegen 6 Uhr fand ein Anwohner, als er seine Kühe in den Wald trieb, in Vänera-Horsmar eine männliche Leiche und rief die Polizei. Kurze Zeit danach fand ein anderer Fußgänger, etwa einen Kilometer von der genannten Stelle entfernt, eine weitere männliche Leiche. Beide Leichen wiesen tiefe Schußverletzungen auf. Nach 3 Uhr nachts waren von Anwohnern mehrere Schüsse vernommen worden. Es handelt sich bei den beiden Toten um den SA-Mann Erik Tschmar aus Vänera-Horsmar und um einen gewissen Karl Frölich, ebenfalls aus Vänera-Horsmar. Die Ermittlungen zur Klärung der Mordtat haben ergeben, daß SA-Mann Erik Tschmar von dem früheren SPD-Angehörigen Frölich durch fünf Schüsse in den Rücken getötet worden ist. Der Mörder hat sich nach der Tat entfernt und dann sich selbst gerichtet. Bei der Leiche des Frölich wurden neuzwei Pistolen und eine Menge Munition gefunden.

Zuchthaus für „Hochverrat“

Die Einfuhr illegaler Schriften

Rosell, 13. Mai. Der Strafsenat des Oberlandesgerichts Rassel wendete in einer Verhandlung wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum erstenmal die Strafverschärfenden Bestimmungen des Gesetzes vom 24. April 1934 gegen die Frankfurter Kommunisten Heinrich Weingärtner und die Brüder Emil und Hans Miltenberger an. Weingärtner und Emil Miltenberger hatten kommunistische Tractschriften aus Basel eingeführt. Weingärtner erhielt fünf Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Emil Miltenberger drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Hans Miltenberger, der kommunistischer Verbindungsmann zwischen der Bezirksleitung und dem Stadteil Niederwald gewesen war, erhielt ein Jahr Gefängnis.

47 Angeklagte

Der „Rote Massenselbstschutz“

Dresden, 13. Mai. Der Erste Strafsenat des Oberlandesgerichts Dresden verurteilte in einem Verfahren gegen 47 Angeklagte aus Petersdorf im Riesengebirge und Umgebung wegen Vorbereitung zum Hochverrat bzw. Verabredung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz 45 Angeklagte zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen von sieben Monaten bis zu fünf Jahren und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von je fünf Jahren. Bei einem Angeklagten wurde die Ausweisung aus dem deutschen Reichsgebiet für zulässig erklärt. 12 Angeklagte wurden freigesprochen. Die Angeklagten gehörten dem „Roten Massenselbstschutz“ an.

„Kriegskasse“ für Polizei

Rüstungen gegen das Verbrechen

London, 14. Mai. Das amerikanische Justizministerium erwägt, wie aus Washington gemeldet wird, die Schaffung einer Kriegskasse von 2,5-3 Millionen Dollar für die Verstärkung der Bundespolizei um 20 Mann, 10 Panzerwagen, 20 schnelle Polizeifrankwagen, Maschinengewehre, Gewehre und tüchtlichere Helme. Wie seitgemäß dieser Plan ist, zeigt eine Meldung aus Tucson (Arizona), wo eine Menschenraubüberfalle die Entführung eines Mitgliedes des amerikanischen Kabinetts, nämlich des Haushaltsdirektors Lewis Douglas, und eines weiblichen Mitgliedes des Repräsentantenhauses Miss Jhabella Greenway geplant haben soll.

Ein im Gefängnis von Neumexiko sitzender Sträfling hat mitgeteilt, daß die Verbrecher ihren ursprünglichen Plan als undurchführbar aufgaben und darauf die Entfesselung eines wohlhabenden Rechtsanwalters Robles entführten, die sich noch in ihrer Hand befindet. Die Polizei unternimmt vorläufig noch keinen Schritt im Zusammenhang mit diesen Angaben, weil sie die Verbrecher in Ruhe lassen will, bis die Verhandlungen zur Freilassung des kleinen Mädchens zum Erfolg geführt haben.

Außerordentliche Vergünstigungen für einen Cayenne-Sträfling

Paris, 14. Mai. Vor etwa einem Jahre wurde vom Pariser Schwurgericht ein gewisser Gun Davin zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt, weil er seinen Freund, den Amerikaner Richard Wall, ermordet und seine Leiche, mit Steinen beschwert, in die Seine geworfen hatte. Davin ist inzwischen in die Verbrecherkolonie Cayenne übergeführt worden, wo er sich angeblich sehr gut führen soll. Die Mutter des Verurteilten, die über einige Geldmittel verfügt, hat jetzt vom Justizministerium die Erlaubnis erhalten, sich ebenfalls in Cayenne anzusiedeln. Sie wird daher demnächst nach Amerika abreisen und beabsichtigt, in Cayenne einen Bauernhof zu erwerben, wo sie den Rest ihres Lebens verbringen will. Sie wird vom Justizministerium die Erlaubnis erwirken, ihren Sohn als Sträfling bei sich zu beschäftigen. Man vermutet, daß ihr diese Erlaubnis erteilt wird, vorausgesetzt, daß Davin in Sträflingskleidern und mit kurzgeschorenem Haar arbeitet. Es ist dies das erste Mal, daß einem Schwerverbrecher eine derartige Vergünstigung erteilt wird.

Sa'son für Seeungeheuer

Neapel in Konkurrenz mit Loch Ness

Rom, 14. Mai. Bei der Insel Nubia vor Neapel sichtetten italienische Fischer ein riesiges schwimmendes Ungeheuer, das von Zeit zu Zeit auftaucht. Mehrere Versuche die Fischer mit Gewehren den schwarzen Meilen zu Leibe zu rücken, doch hatten ihre zahlreichen Schüsse keinerlei Wirkung. Sie beschloßen daher, Verstärkung aus Neapel heranzuschieben. Zwei Motorboote der Hafenpolizei von Neapel liefen mit bewaffneten Beamten aus dem Hafen aus und verjagten Mersseils, das Ungeheuer, aber dessen wahre Größe man noch im unklaren war, durch Karabinerschüsse zu erledigen. Das war jedoch vergeblich. Die Polizeibeamten sahen sich nun genötigt, den Hafenkommandanten von Neapel zu verständigen und um weitere Verstärkung zu bitten. Auf dessen Befehl hin liefen zwei weitere große Polizeiboote mit Maschinengewehren und Schiffschützen aus. Nach einer langen und beschwerlichen Jagd konnte das Ungeheuer, dauernd unter Feuer genommen, schließlich in die Enge getrieben werden, daß es, obwohl es noch nicht gefangen werden konnte, den Abperrnetzen nicht mehr entweichen kann. Polizeibeamte und Fischer sind äußerst auf der Hut und hoffen, mit besonderen Kanonären das Tier an Land ziehen können. Inzwischen konnte man in dem tiefen Wasser feststellen, daß der Meilenfisch eine Länge von rund 20 Meter hat. Sein Gewicht beträgt schätzungsweise 240 Zentner.

Ein amerikanisches Postflugzeug stellte einen neuen Nagercord auf. Es durchflog die rund 1000 Kilometer lange Strecke von Angeles-Kewark New Jersey in elf Stunden 41 Minuten mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 160 Kilometer in der Stunde. An Landas Gite machte es eine Zwischenlandung von zehn Minuten zur Aufnahme von Post und Brennstoff.

Drei junge Leute, die am Samstag während der Ebbe in der Nähe des berühmten Mont St. Michel zum Fischen ausgezogen waren, sind von der Flut überrollt worden und ertrunken. Alle Nachforschungen nach den Leichen sind bisher erfolglos geblieben.

Herriot, der Sieger

Der radikalsozialistische Parteitag

Der mit großer Spannung erwartete Parteitag der Radikalsozialisten in Clermont-Ferrand ist zu Ende. Er hat mit einem Siege der Nichtwahl Herriot geendet, was einem Befehl zur Regierung der „nationalen Einigung“ gleichkommt. Der Parteitag verließ teilweise recht stürmisch, besonders, als er sich mit den Nachwirkungen der Stawisky-Affäre beschäftigte.

In der Ansprache über die allgemeine Politik bestritt Judentum von der oppositionell eingestellten Landesgruppe Seine et Oise, daß er Herriot persönlich angreifen wolle, und erkannte an, daß die Partei ihm den Auftrag gegeben habe, in das Kabinett Doumergue einzutreten. Die Lage habe sich jedoch in den letzten drei Monaten wesentlich geändert. Die reaktionären Parteien bezeichneten Daladier und Chaumemps täglich als Mörder und die Radikalsozialisten als Diebe. Die reaktionären Verbände bedrohten die Republik. Es bestehe eine beständige Gärung gegen das Regime. Den Minister Sarraut fragte Eudenet, wie lange er noch mit der Auflösung der umstürzlerischen Verbände warten wolle. Die Regierung habe vergessen, daß die letzten Wahlen eine Linksmehrheit ergeben hätten. Pfeiffer sprach sich für die Beibehaltung des Burgfriedens aus. Die Radikalsozialisten hätten die Kammerauflösung nicht zu fürchten. Da niemand die Rechte allein an der Macht lassen wolle, so lohne es sich nicht, die Regierung zu ändern. Nach seiner Ansicht müsse die Partei ihre Unabhängigkeit gegen den Sozialismus, aber auch gegen andere Organisationen, wie den Sozialistischen Jugendverband, die Liga für Menschenrechte und die Freimaurer bewahren. Von den Freunden verlange er, daß sie in erster Linie Radikalsozialisten und erst dann Freimaurer seien. Diese Äußerung rief lebhaften Beifall, teilweise aber auch lauten Protest hervor, so daß der Vorsitzende eingreifen mußte, um die Ruhe wieder herzustellen.

Chaumemps

Auf der großen radikalsozialistischen Parteitagung in Clermont-Ferrand ergriff am Samstagnachmittag zunächst der ehemalige Ministerpräsident Chaumemps das Wort. Er äußerte sich über die Angriffe, denen er und seine Mitarbeiter in den letzten Monaten ausgesetzt gewesen seien, und erklärte, er sei seit 30 Jahren den Grundfragen der Partei treu geblieben. Er versuchte sich gegen die Vorwürfe zu verteidigen, die gegen ihn als Freimaurer erhoben worden, und erklärte, daß er seiner Vereinigung, der er seine ganze Erziehung verdanke, nicht so ohne weiteres den Rücken lehnen könne. Die radikalsozialistische Partei habe die neue Regierung erheblich unterstützt. Sie denke aber nicht daran, untätig zu bleiben, sondern habe die Absicht, auch bei der nächsten Kammerstimmung energisch einzugreifen und gegen den freien Waffenhandel zu protestieren. Wenn man in Zukunft keine Regierung der nationalen Einigung mehr wolle, so müsse man diese Zukunft durch aktive Arbeit vorbereiten.

Daladier warnt...

„Frankreich bleibt Deutschland überlegen“

Anschließend ergriff der letzte radikalsozialistische Ministerpräsident Daladier das Wort. Er verwahrte sich gegen die Angriffe, die gegen ihn im Zusammenhang mit den blutigen Straßenkämpfen vom 6. Februar erhoben werden. Wenn die Regierung, so erklärte er, Anweisung gegeben hätte, zu schießen, so würden nicht 17, sondern Hunderte von Toten zu beklagen gewesen sein. Die Finanzlage sei zu diesem Zeitpunkt äußerst kritisch gewesen, und die Regierung habe vor dem Entschluß gestanden, die Goldausfuhr überhaupt zu verbieten. Wenn sich zu den finanziellen Schwierigkeiten noch andere gelagert hätten, so würde das unweigerlich die Frankentwertung nach sich gezogen haben. Daladier trat für die Auflösung der rechtsgerichteten Organisationen ein, weil seiner Ansicht nach die Organisationen mit Waffen versehen seien. Er erinnerte an die Verhandlungen mit dem Sozialistenführer Leon Blum und wies darauf hin, daß gerade er, um die radikalsozialistische Partei zu retten, nicht alle Bedingungen des Sozialistenführers angenommen habe.

Mit besonderem Nachdruck wandte sich Daladier dann gegen den Feldzug zugunsten der Erhöhung der militärischen Dienstzeit und forderte die Regierung Doumergue auf, von einer Heranziehung dieser Dienstzeit auf zwei Jahre abzusehen. „Ich lese überall, daß seit dem 1. Januar 1934

die deutschen Rüstungen

einen solchen Umfang annehmen, daß sie uns jetzt überholen. Um dieser Lage zu begegnen, wird von zahlreichen Seiten eine Kampagne zugunsten der zweijährigen oder 18monatigen Dienstzeit geführt. Diese Frage ist sehr beängstigend, und man muß darüber nachdenken. Die Hiltlerleute waren im Anfang eine Handvoll. Sie sind so lange durch Deutschland gezogen, bis sich dieses ihnen ergeben hat. Die augenblicklichen Führer dieses Landes haben an die tiefsten Kräfte der Rasse appelliert. Heute ist Deutschland bewaffnet und gerüstet. Wer das leugnet, ist

ein Träumer oder ein Narr.

Aber unsere Kräfte sind so, daß wir nicht nötig haben, einer auf Panikstimmung abzielenden Kampagne nachzugeben. Ja, es ist richtig, daß Deutschland sein Wehrbudget, welches jetzt 8 Milliarden Franken erreicht hat, erhöht hat. Aber das unsere ist immer noch 12 Milliarden hoch. Unser Material ist neu, unsere Truppen sind zahlreicher als die feinen, und man darf ja auch nicht unsere ausgebildeten Reserven mitzuzählen vergessen. Unsere Rekrutierung für die defizitären Jahre ist durch die Gesetze vom Juli 1932 gesichert. Warum also diese Kampagne zugunsten der zweijährigen Dienstzeit? Es genügt, wenn wir uns an die einjährige Dienstzeit halten, vorausgesetzt, daß wir die Bestimmungen für die defizitären Jahre anwenden. Man muß der Regierung Doumergue diese Frage vorlegen und sie zu der Erklärung veranlassen, daß

wir weit davon entfernt sind, Deutschland militärisch unterlegen zu sein.

Die Lage in Europa wird immer schwieriger. Wir sind an einem Scheidewege. Entweder bemüht man sich weiter für die kontrollierte Abrüstung, oder man muß sich gezwungenermaßen mit dem gegenwärtigen Rüstungsstand abfinden, oder man muß letzten Endes auf das Weltrecht zurückgreifen, was über kurz oder lang zum Arme und zum Ende einer Welt führen würde, welche nicht den Rat gehabt hat, zum internationalen Gesetz seine Zustucht zu nehmen.“

Herriots Sieg

Darauf nahm Präsident Herriot das Wort, um die Regierung der nationalen Einigung zu vertreten. Er erklärte, er sei vom Ministerpräsidenten beauftragt worden, zu betonen, daß eine Änderung des Regimes nicht beabsichtigt sei. Die Mehrheit sprach sich anschließend für die Regierung der nationalen Einigung aus und erneuerte das Vertrauen zu ihrem Präsidenten Herriot.

Was sag' d'e Pariser Presse?

Paris, 18. Mai. Die gestrige Einschlebung des radikalsozialistischen Landesparteitages, in der den radikalsozialistischen Ministern das Vertrauen der Partei ausgesprochen und ihre Mitarbeit an der Regierung der nationalen Einigung gebilligt wird, hat in der gesamten französischen Presse ein sehr lebhaftes Echo gefunden. Man betont, daß die Regierung nunmehr ihre Arbeiten unter wesentlich ruhigeren Verhältnissen fortsetzen könne, und bekräftigt den Beifall der Partei, die die rein parteipolitischen Belange dem allgemeinen Wohl des Staates untergeordnet habe. Hier und da unterstreicht man jedoch, daß das Vertrauensvotum weniger der Politik der Regierung gelte, als dem Leiter der Partei Herriot.

„Säuberung“

Der Säuberungsausschuß der radikalsozialistischen Partei hat inzwischen seine Arbeiten fortgesetzt und außer den Abg. Garaud und Bonnaire, Prout und Dulon auch den Senator und früheren Justizminister Renaud sowie den Abg. Andre Heille aus der Partei ausgeschlossen. Dagegen war der Ausschuß der Ansicht, daß sich der Abg. Selig und der ehemalige Minister Daladier in der Ausübung ihrer Mandate nichts hätten zuschulden kommen lassen. Auch gegen Malva wurde der Ausschuß nicht ausgesprochen, sondern der Ausschuß beschränkte sich nur darauf, dem Vorsitzenden des Finanzausschusses der Kammer sein Bedauern darüber auszusprechen, daß er gelegentlich der Maßnahmen, die die Regierung Daladier gegen den Partier Polizeipräsidenten Chiappe getroffen habe, seine persönlichen Empfindungen über das Staatsinteresse geltend habe. In politischen Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß sich im Laufe der weiteren Annaherung in Clermont-Ferrand die seit langem angedeutete Spaltung innerhalb der Partei vollziehen wird.

Italien wird unruhig

Western entstand in Pratola Pelogna, einer kleinen Ortschaft in der Provinz Aquila, aus Gründen lokaler Natur ein Konflikt zwischen Demonstrationen und Beamten der Sicherheitswache. Man beklagt einen Toten und vier Verwundete. Die Ordnung wurde alsbald wieder hergestellt.

Es gibt kein Land in Europa, auch keinen faschistischen Staat, in dem das politische Regime die Presse derart in ihren Fängen hält, wie in Italien. Täglich mehrmals erhält der italienische Redakteur sorgfältig zusammengestellte Anweisungen, was er zu bringen, was er groß aufzumachen, was er zu verschweigen hat. Wenn in einer solchen Atmosphäre die offizielle Nachrichtenagentur eine Meldung wie die obige verbreitet, so kann man ohne sonderliche Übertreibung schließen, daß nicht im Staate Dänemark, wohl aber im faschistischen Reich etwas faul sei.

Es gibt zwar auch heute noch genügend Augenzeugen des italienischen Alltags, genügend Reisende aus dem Norden, die vom Glanz der südlichen Sonne gebendet, freis von dem klaglosen Funktionieren des faschistischen Apparates zu berichten wissen. Ja, erst in diesen Tagen konnte man in der Leitartikelpalte des „Prager Tageblatts“ einen begeisterten Kuss über die derzeit in Florenz veranstaltete geistige Olympiade, die zwar im Zeichen des Lösungswortes „Buch und Gewehr“ steht, aber doch eben das Buch auch in den Mittelpunkt stellt und so schon — dies stand zwischen den Zeilen 37. 11. — hinreichend für den Bedarf jener die da lediglich die Regierenden das unpolitische „dri...“ meiden, vom Vorkriegsfaschismus unterscheiden, ist.

Maria Jabbrone, Padua, Udine und Turin. Besonders scharf äußert sich die Unzufriedenheit die in den großen Städten und Industriezentren vorläufig noch durch einen phantastisch aufgeblassenen Polizeiparappat niedergehalten wird, in den Gebieten der Unterdrückten nationalen Minderheiten: so auch in den slowenisch besiedelten Randprovinzen und auf den im italienisch-türkischen Krieg eroberten Inseln des Dodekanes. Unter dem Ruf: „Brot und Arbeit“ manifestierten die Arbeitslosen in Sagrado (Venezia Giulia) vor dem Gemeindegemeindebüro. Sie entsandten zuerst ganz friedlich, eine Kommission, die mit dem Podesta, dem Ortsgemeindeführer verhandeln sollte. Natürlich wurde sie verhaftet, worauf sich ein solcher Proteststurm im ganzen Ort erhob, daß die numerisch schwache Polizei die Verhafteten wieder freizulassen genötigt war. In Kortnice bei Görz wurde ein Kleinbauer zu 400 Lire Geldstrafe verurteilt, weil sein Sohn den militärischen Vorbereitungslehrgang nicht besucht hatte, und als er nicht zahlen konnte, gepfändet. Als man das erbärmliche Mobiliar des Verurteilten auf die Straße stellte, kam es ebenfalls zu schweren Zusammenstößen und zahlreichen Verhaftungen. In einem ähnlichen Fall in Ravran mußten die Milizsoldaten sich angesichts der allgemeinen feindseligen Haltung der Bauern zurückziehen und die Pfändung eines Steuerschuldners aufgeben.

Nicht völlig geklärt in Ursache und Umfang sind die Unruhen auf der Insel Rodhos, die zwar von der Stefani zuerst demontiert, dann aber nicht nur von griechischen Blättern, sondern auch vom „Manchester Guardian“ bestätigt wurden. Ausgangspunkt war jedenfalls die Kommunalwahl in Salechi — auf dem Dodekanes wird im Gegensatz zum Mutterland noch die Gemeindevertretung gewählt — bei welcher die faschistischen Behörden natürlich eine ihrer Kreaturen durchzubringen hofften, wofür aber den robbenier Griechen das nötige Verständnis abging. Es kam zu Tumulten, zum Einsatz von Militär das mit einem Torpedoboot herangebracht worden war und sogar von Wasserflugzeugen, die Bomben auf Salechi abwarfen und die Bewohner der umliegenden Orten hinderten, Hilfe zu leisten.

Hunger und Elend gibt es überall; auch die demokratischen Länder im kapitalistischen Wirtschaftsbereich sind von ihr, wir wissen, nicht verschont geblieben. Aber der Faschismus verspricht ja den Himmel auf Erden, die Vereinigung aller Rassen, wenn nur der Geist der Arbeiter die nötige Einsicht in die Notwendigkeit unentwegten Lohnabbaues ausbrächten. Zwar war diese Einsicht nicht zu erzielen. Doch, sie wurde erzwungen; in mehr als sechs Jahren blutigstem Bürgerkrieg erprobt. Der Bürgerkrieg ging vorüber, das Regime stabilisierte sich. Und trotzdem, nein gerade deshalb wird das Elend immer größer, die Krise fühlbarer als anderwärts. Das ist keine willkürliche Hypothese bössartiger Marxisten, das kann man bereits, wenn man zu lesen versteht, aus der faschistischen Presse herauslesen. Das erweisen auch die jüngst getroffenen Maßnahmen, um die durch wahnwitzige militärische Belastungen schwer erschütterte Staatswirtschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Herr Zuulich ist wieder einmal verreist: diesmal nicht um den Habsburger den Weg in den Wiener Burghof zu bahnen, sondern um Geldquellen zu erschließen. Italien braucht Auslandskredite, denn seine passive Außenhandelsbilanz gefährdet in Verbindung mit der Krise den Stand der Lire. Die Währungsstabilisierung ist jedoch eines der Frontstücke der politischen Reklame des Faschismus, der seine Herrschaft in Zeiten des schwankenden Geldwertes angetreten hätte und zudem durch ein Abgleiten der Lire die Vorteile der Dollarentwertung bei der Rückzahlung der umfangreichen Schulden in Amerika verlieren würde. Daher greift der Faschismus zu anderen Mitteln als das „dritte Reich“, wird in Rom Deflationspolitik versucht. Als erstes kam natürlich die Abschneidung der Staatsangestelltengehälter; angeblich von 6 bis 12 Prozent, in Wirklichkeit weit höher. Es werden nämlich nicht nur die Grundgehälter, sondern auch die Familien- und Feuerungszulagen, letztere in Reaktion zur Wohnsituation bis zu 50 Prozent, gekürzt, weil angeblich der Lebensmittelpreis seit 1927 um rund 7 Prozent zurückgegangen ist. Solche hässlichen Kunststücke sind unter der faschistischen Sonne nicht allzu schwierig, aber auch sonst nicht als Argument akzeptabel, denn die Staatsangestellten wurden in den letzten Jahren schon mit einer Unmenge Dekrete bedacht, die ihre Gehaltsverhältnisse ständig in absteigender Linie veränderten. Tatsächlich wird das Einkommen der Staatsbediensteten erheblich gekürzt. Natürlich folgt alsbald der allgemeine neue Lohnabbau der übrigen Arbeitnehmer — die Reidernterinnen haben seit 1922 schon 57 Prozent ihres einstigen Lohnes eingebüßt — und mithin eine Senkung der Kaufkraft, die wiederum die Krise verschärft wird.

Auch in Italien ist die herrschende Klasse des Kapitalismus über dieses primitive und unwirksame Rezept zur Beilegung der Krise nicht hinausgekommen. Hat der Faschismus nichts anderes zu bieten, so kommt, früh oder spät, unweigerlich der Tag, an dem die Tyrannen der politischen Herrschaft gemeinsam mit der kapitalistischen Unordnung vom Sturm der Rebellion der Volksmassen hinweggefegt, die Todesstunde des europäischen Faschismus eingeläutet wird. R. W.

Tagung französischer Sozialisten

Gegen und für Koalition

Paris, 14. Mai. Die Landesgruppe Nord der sozialistischen Partei hielt gestern in St. Briens ihre Jahrestagung ab und sprach sich gegen jede Kartellbildung aus, die nicht ausdrücklich auf ihrem Programm den Kampf gegen die nationale Einigung habe. Es wurde gleichzeitig im Hinblick auf kommende Wahlen beschlossen, daß kein sozialistischer Kandidat in Zukunft im zweiten Wahlgang zugunsten eines anderen Kandidaten verzichten dürfe, wenn der Kandidat seiner Stimmen sich ausdrücklich für den Klassenkampf ausspreche.

Die französischen Sozialisten des Seinedepartements hielten in Paris ihre Tagung ab, die mit einer Entscheidung endete. Dem Arbeitsminister Marquet wurde das Vertrauen der Partei erneuert. Mit 84 gegen 20 Stimmen bei elf Stimmenthaltungen wurde er beauftragt, sein Werk für die Verteidigung der Arbeiterinteressen in der Regierung Doumergue fortzusetzen. Gleichzeitig wurde aber die allgemeine Politik der Regierung gebankrott und verurteilt.

Die 79. Tagung des Völkerverbundes ist am Montag um 10.30 Uhr mit einer Geheimkunft eröffnet worden. An die Geheimkunft hat sich am gleichen Tage eine öffentliche Sitzung angeschlossen.

Wer bezahlt die deutsche Aufrüstung? Rüstungspolitik und Gläubigerkonferenz - Politische Fragen erster Ordnung

Ist die Entwicklung seit dem Kriege überhaupt durch die immer engere Verflechtung von Wirtschaft und Politik charakterisiert, so ist die Gläubigerkonferenz, die am 27. April in Berlin begonnen hat, um über die von Schacht angekündigte vollständige Einstellung des Zins- und Tilgungsdienstes auf die langfristigen privaten Schulden zu beraten, zu dem Brennpunkt geworden, in dem sich private Angelegenheiten von Gläubigern und Schuldner, die anscheinend nur diesen Kreis zu interessieren brauchten, mit den wichtigsten weltpolitischen Interessen treffen.

Dabei hat sich eine eigentümliche Situation ergeben. Auf deutscher Seite werden die Verhandlungen von Schacht geführt, der sich in erster Reihe als politischer Exponent der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer machtpolitischen Ziele fühlt. Ihm stehen gegenüber Privatbankiers als Vertreter der einzelnen Gläubiger, in dieser Funktion nur an der Möglichkeit und dem Ausmaß der Zahlungen, in keiner Weise aber an den politischen Folgen interessiert.

Und weiter: Unter den Gläubigern spielen nach der Höhe ihrer Forderungen die Angehörigen Hollands, der Schweiz und Schwedens eine bedeutsame Rolle; ihre Regierungen fühlen sich aber nur wirtschaftlich interessiert wegen der Folgen einer etwaigen deutschen Zahlungseinstellung auf die Zahlungsbilanz und das Bankwesen ihrer Länder; als Vertreter von Kleinststaaten sind sie nicht stark genug, um die rein politische Entscheidung zu beeinflussen. Von den großen Ländern wollen die Vereinigten Staaten sich jeder Einmischung in die europäische Politik enthalten. Die Roosevelt-Regierung, getragen von der antikapitalistischen Volkstimmung, will sich aber auch in der Verteidigung der privaten Gläubigerinteressen, die als die Interessen von Wallstreet, der Großfirma, gelten, nicht allzu sehr engagieren; die amerikanischen Gläubiger fühlen sich somit von vornherein in einer schwachen Position.

Politisch ist die Stellung Englands, der der Vereinigten Staaten nicht unähnlich. Macdonald und Simons jagen noch immer dem Phantom einer Abrüstung nach, die die Anerkennung der deutschen Aufrüstung einschließt; sie werden darin bestärkt durch die Erfolge der englischen Arbeiterpartei, die ihre Agitation mit einer hemmungslosen, abstrakten Pazifismuspropaganda bestreitet. Die englische Regierung schreckt deshalb vor einer energischen politischen Stellungnahme gegen die Hitlerregierung zurück; rein wirtschaftlich freilich hat sie ihre Position etwas geändert. Hatte sie ursprünglich die Forderungen ihrer Gläubiger als rein private Angelegenheit betrachtet, so läßt sie jetzt erkennen, daß sie unter Umständen auch zu finanziellen Druckmitteln bereit ist.

Am merkwürdigsten ist die Stellung Frankreichs. Es ist das Land, das am stärksten und unmittelbarsten an den politischen Folgen des Konferenzergebnisses interessiert ist, die Macht auch, die am ehesten bereit wäre, sich von politischen Erwägungen leiten zu lassen. Aber es ist zugleich das Land, das finanziell am geringsten interessiert ist, denn die Franzosen waren zu klug, um Deutschland in nennenswertem Umfang Kredite zu geben; und für die Beträge, die durch Vermittlung Schweizer oder holländischer Banken nach Deutschland gegeben worden sind, müssen diese Banken geradestehen.

So steht Schacht als Vertreter der deutschen Staatsmacht, in erster Linie darauf bedacht, das politische Interesse seiner Regierung durchzusetzen, einer unpolitischen, zersplitterten Front der ausländischen Privatgläubiger gegenüber. Was ist aber das politische Ziel, das die Hitlerdiktatur mit der Einstellung der Zahlungen verfolgt?

Die nationalsozialistische Politik geht aufs Ganze

Man muß sich zunächst klar machen, was die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik bisher erreicht hat. Sie hat durch die Einstellung der Kapitalrückzahlungen zunächst ungefähr 13 Milliarden Reichsmark ausländischen Kapitals in Deutschland gebunden und diese Riesensumme der Verfügungsgewalt ihrer Eigentümer entzogen; sie hat an der Entwertung der fremden Währungen rund 4 Milliarden profitiert; sie hat durch die teilweise Einstellung der Zins- und Tilgungszahlungen die Markforderungen der Gläubiger zum Teil entwertet, — sie gezwungen, diese entwerteten Mark der Reichsbank abzutreten und damit den deutschen Dumpingexport auf Kosten der Industrie ihrer eigenen Länder zu finanzieren. Wie sähe die deutsche Wirtschaft unter nationalsozialistischer Führung erst aus, wenn diese einmaligen Glückszufälle nicht eingetreten wären!

Gleichzeitig hat die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik durch ihren agrarischen und industriellen Ueberprotektionismus den Außenhandel fortschreitend ruiniert; sie hat durch die Rüstungs- und Arbeitsbeschaffungsausgaben den Import gesteigert und die aktive Handelsbilanz in eine passive verwandelt, sie hat die großkapitalistischen Unternehmungen angereizt, die im Ausland tief gesunkenen Schuldtitel zurückzukaufen und ihnen ermöglicht, auf diese Weise große Extraprofite zu machen; dafür hat sie ihnen die nötigen Devisen zur Verfügung gestellt und damit weiter die Zahlungsbilanz verschlechtert; sie hat den Goldbestand der Reichsbank in immer höherem Maß zur Finanzierung des Einfuhrbedarfs herangezogen und so durch ihre Politik den Bankrott selbst herbeigeführt, den jetzt die Gläubiger akzeptieren sollen!

Nun geht sie aufs Ganze! Schacht will jetzt, nachdem die Politik der Nationalsozialisten absichtlich den Zustand scheinbarer Zahlungsunfähigkeit herbeigeführt hat, durchsetzen, was er von Anfang an erstrebt hat, die Einstellung aller Zins- und Tilgungszahlungen auf unbestimmte Zeit. Es handelt sich um folgende Größen:

Die langfristigen Schulden, deren Behandlung jetzt zur Erörterung steht, umfassen nach den letzten Veröffentlichungen am 30. September 1933 insgesamt RM. 7,44 Mdn. Die Vereinigten Staaten hatten daran 3 Mdn., Holland 1,53

Mdn., die Schweiz 1,05 Mdn., England 0,81 Mdn. und Frankreich 0,48 Mdn. Das Zinssoll Deutschlands aus seinen gesamten Auslandsverpflichtungen ist für 1934 auf rund RM. 800 Millionen zu veranschlagen. Davon entfallen auf Young- und Dawes-Anleihen über 100 Mill., auf die Stillhalteschulden 110 bis 120 Mill.

Gelingt der Coup, so verbessert sich die deutsche Zahlungsbilanz um einige hundert Millionen. Die Mehrimporte für die deutsche Rüstungspolitik und die Arbeitsbeschaffung mit faulen Wechseln können aufrecht erhalten werden und damit wird die Aufrechterhaltung der Diktatur, die Fortsetzung einer Wirtschaftspolitik, die die ausländischen Waren vom deutschen Markt ausschließt, aber die deutschen durch Dumping den ausländischen Märkten aufzwingt, gesichert. Und dies alles soll mit dem Geld der Gläubiger der anderen Länder finanziert werden, die dafür mit neuer Erschütterung ihres Bankwesens, mit Verschlechterung ihrer Zahlungsbilanz, mit illoyaler Konkurrenz gegen ihre Industrien belohnt werden.

Um Krieg oder Frieden

Man sieht, es handelt sich um politische Fragen erster Ordnung, lebenswichtig für die nationalsozialistische Diktatur, lebenswichtig aber auch für die anderen Völker, denn es geht um Rüstung, um Krieg und Frieden, um Dinge also, neben denen die privaten Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse in der Tat verschwinden.

Und wie verhalten sich da die Regierungen? Die englische und französische Regierung habe, jede für sich, der deutschen mitgeteilt, daß sie die Fortzahlung der Zinsen und Tilgungen für die Dawes- und Young-Anleihe fordern. Die amerikanische Regierung hat sich nicht einmal diesem Schritt angeschlossen! Das ist alles, und Schacht läßt bedauernd mitteilen, daß er auch diese 115 Millionen nicht zur Verfügung habe.

Und in der Tat! Solange man seinen Standpunkt akzeptiert, daß die Gläubiger sich um die Zahlen der Reichsbank, um die Gold- und Devisensummen allein zu kümmern haben, sonst aber um nichts, am wenigsten um die Rüstungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik der nationalsozialistischen Diktatur, ist sein Standpunkt schwer zu widerlegen. Ist doch der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank nach dem Ausweis vom Ende April auf 205 Millionen (gegen 510 im Vorjahr) zusammengeschrumpft und die Notendeckung auf 5,8 gegen 9,1 Prozent! Nur daß aber dieser Zustand kein naturnotwendiger, sondern durch die nationalsozialistische Politik bewirkt und absichtlich herbeigeführt ist. Aber über Politik — so befiehlt die Diktatur — soll nicht gesprochen werden und bisher haben sich die Regierungen dem Beschluß gefügt.

bleiben aber die Verhandlungen auf dem rein finanziellen Gebiet, welche anderen Mittel stehen dann zur Verfügung? Die Gläubiger haben einen Vergleich der Außenhandelsbilanz Deutschlands gegenüber seinen hauptsächlichsten Gläubigerländern im Jahre 1933 mit den Erfordernissen des Kapitaldienstes in dem am 30. September 1934 ablaufenden Jahre (in Millionen Reichsmark) gezogen. Das Ergebnis zeigt folgende Tabelle:

| | Kapitaldienst | | Ueberschuß der | |
|------------------------------------|---------------|-------------------|-------------------|---------------------------|
| | Gesamt | Langfrist. Zinsen | Kurzfrist. Zinsen | Einfuhr (-) / Ausfuhr (+) |
| USA | 361 | 188 | 74 | - 230 |
| Holland | 204 | 84 | 68 | + 381 |
| Schweiz | 151 | 61 | 70 | + 270 |
| England | 107 | 51 | 34 | + 167 |
| Frankreich | 42 | 26 | 10 | + 211 |
| Schweden | 12 | 6 | 4 | + 88 |
| Insgesamt (einschl. übrige Länder) | 933 | 433 | 299 | + 668 |

Die Tabelle zeigt, daß alle Länder mit Ausnahme Amerikas im Handelsverkehr mit Deutschland einen Ueberschuß aufzuweisen haben, der die Forderungen ihrer Gläubiger über-

steigt. Wenn die Regierungen ein Zwangsclearing einrichten, also ihre Importeure veranlassen, die aus Deutschland eingeführten Waren nicht direkt den deutschen Lieferanten zu bezahlen, sondern die Beträge auf ein Konto ihrer Zentralbanken einzuzahlen, dann verfügen sie über die nötigen Summen, um ihre Gläubiger zu befriedigen. Die Schweiz hat mit solchem Vorgehen wiederholt gedroht. In neuerer Zeit mehrten sich aber auch englische Stimmen, die dasselbe verlangen, ja, die englische Regierung soll sogar die nötigen Vorbereitungen bereits getroffen haben. Die Maßnahme wäre sehr wirksam, und das erklärt, warum die Äußerungen Schachts in neuester Zeit immer kleinlaut werden und die Aktien- und Rentenurse an den deutschen Börsen ständig abbröckeln. Daher die Suche nach einem Kompromiß, nach Bezahlung der Gläubiger statt in bar mit einer neuen langfristigen Anleihe usw. — Versuche, die aber alle an der völligen Kreditunwürdigkeit der nationalsozialistischen Diktatur ihr schwer übersteigbares Hindernis finden.

Das politische Problem bleibt

Unterdessen hat die Devisenlage zu neuen einschneidenden Maßnahmen geführt. Das Einfuhrverbot für ausländische Rohstoffe und Halbfabrikate ist für Textilien und raffiniertes Kupfer bis 1. Juli verlängert worden. Zugleich sind die Importdevisenkontingente für den Mai mit sofortiger Wirkung nachträglich herabgesetzt worden, eine Maßnahme, die bisher noch nie im Laufe des Geltungsmonats vorgenommen wurde, da man sich bewußt ist, wie weit hierdurch die Dispositionen der Importeure gestört werden. Die Kontingente stellen sich nunmehr für Mai nur noch auf 25 Prozent gegenüber ursprünglich 35 Prozent.

Hand in Hand damit gehen Erörterungen, auf jede Weise den Export zu steigern. Die abenteuerlichsten Pläne werden erörtert. Da wird vorgeschlagen, eine Umsatzabgabe von dem binnenländischen Absatz von 2 bis 2½ Prozent von den Lieferanten zu erheben zur Bildung eines Fonds, aus dem die deutsche Ausfuhr verbilligt werden soll. Für Zucker- und Baumwollwaren befürwortet die „Kölnische Zeitung“ einen Exportzwang. Die deutschen Baumwollfabrikanten sollen verpflichtet werden, 25 Prozent ihrer Inlandsproduktion zu Selbstkostenpreisen zur Verfügung zu stellen, und die deutschen Zuckerfabriken sollen sogar gezwungen werden, ihre Produktion um 1 Million Doppelzentner jährlich zu steigern und diese Menge um jeden Preis zu exportieren. Der Verlust soll zwischen den Fabrikanten und der Allgemeinheit geteilt werden! Die Autarkisten sind am Ende ihres Lateins!

Ueber eines aber soll man sich nicht täuschen. In Frankreich und namentlich in England, wo eine kurzsichtige und unfähige Außenpolitik sich scheut, den Tatsachen ins Auge zu sehen, hofft man, die augenblicklichen Schwierigkeiten würden der deutschen Rüstungspolitik schon bald von selbst unüberwindbare Schranken setzen. Ein verhängnisvoller Irrtum!

Wie immer die Gläubigerkonferenz ausgehen mag, die Mittel, sich die notwendigen Rohstoffe für die Rüstungsindustrie zu verschaffen, wird Deutschland schon zur Verfügung haben!

Bei der immer stärkeren Dirigierung der ganzen Außenhandelswirtschaft bleibt es stets möglich, den Import anderer Waren (man denke an Südfrüchte, Tabak und andere Genussmittel) soweit zu drosseln, um sich die nötigen Erze, Metalle, Zellulose usw. für die Kriegsindustrien zu verschaffen. Aus ökonomischen Gründen wird die Diktatur ihre Aufrüstung nicht einstellen und ebenso wenig aus Rücksicht auf eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen. Die ist allerdings in immer stärkerem Maße bedroht und daran wird auch der Ausgang der Gläubigerkonferenz im Wesentlichen nichts ändern. Aber das politische Problem, das in Wirklichkeit auf der Tagesordnung dieser scheinbar rein privatkapitalistischen Konferenz steht, das wird bleiben und seine Vernachlässigung wird die Lösung nur immer mehr erschweren!

Dr. Richard Kern

Zeichen der Not Auf dem Grundstücksmarkt

Nach dem Bericht der Deutschen Bau- und Bodenbank über das Jahr 1933 haben die Mieten im allgemeinen keine nennenswerten Änderungen erfahren. Der Index der Wohnungskosten liege nach wie vor bei 121,3 (121,4). Dagegen sind bei den Neubaumieten und bei denen der Großwohnungen teilweise weitere Rückgänge zu beobachten, da die Bewegung aus der größeren in die kleinere Wohnung anhält.

Inbesondere waren solche Neubauwohnungen gedrückt, die den Einkommensverhältnissen auf die Dauer nicht angemessen waren. Auch für Drei- und Vierzimmerwohnungen mußten nach den Berichten der Baugenossenschaften nicht selten Mietnachlässe bewilligt werden. Dabei betrug der Leerstand am 16. Juni 1933 nur 1,3 Prozent der Gesamtwohnungsbestandes gegenüber 2 bis 3 Prozent der Vorkriegszeit. Allerdings handelt es sich jetzt hauptsächlich um größere Wohnungen. Fast die Hälfte aller leerstehenden Wohnungen entfällt auf solche mit 3 und 4 Zimmer. Höchststand an leeren Großwohnungen in Groß- und Mittelstädten wird auf 15—18 000 geschätzt. Seit diesem Datum bis zum Januar 1934 hat sich der Bestand an leeren Großwohnungen durch weitere 4400 Umbauten um etwa 40 Prozent verringert.

Die Mietrückstände haben sich weiter vermehrt. Nach den Angaben des Revisionsverbandes Gemeinnütziger Bau-Genossenschaften sind die Mietrückstände von Ende 1932 auf 33 von 3,56 auf 4,16 Prozent gestiegen.

dagegen sind die Mietausfälle von 3,5 auf 2,06 Prozent zurückgegangen. Die Zinsrückstände bei den Realkreditinstituten sind im Durchschnitt weiter gestiegen.

Die Zahl der Zwangsversteigerungen bebauter Grundstücke in 13 Großstädten, die 1932 fast unverändert blieb, ist im ersten Halbjahr 1933 auf über das Doppelte gestiegen. Dagegen war der Rückgang der Zwangsversteigerungen unbebauter Grundstücke offenbar infolge des Vollstreckungsschutzes auffallend stark. In freiwilligen Veräußerungen hat im ersten Halbjahr der Rückgang angehalten; doch ist im zweiten Halbjahr eine gewisse Belebung vor sich gegangen; zum mindesten ist die rückläufige Bewegung zu Ende gekommen. Die Zahl der Zwangsverwaltungen, die ein deutlicheres Bild der Lage gibt, da hier keine gesetzlichen Beschränkungen bestehen, hat sich nicht einheitlich entwickelt. Zahlreiche Hypothekenbanken melden ein erhebliches Zurückgehen der Ziffern, während andere noch von einer Vermehrung berichten.

Mitropa

Bei der im Besitz der Reichsbahn befindlichen Gesellschaft trat im Berichtsjahr (30. November) noch keine Belebung ein. Im neuen Jahr zeigte der Umsatz vom März ab eine Belebung, doch hätten sich die Unkosten nicht durchweg befriedigend entwickelt. Im Berichtsjahr wurde die Zahl der im Dienst befindlichen Wagen noch verringert.

Die „sachlich gebotene Ungleichheit“

Von Peter Berg

Die neue „Verfassung“ der Austrofaschisten, jene dollfußige Abwandlung einer rechtsstaatlichen Ordnung, die der einstmalige Staatsmann geachtete Landeshauptmann Ender zynisch als „veredelte Demokratie“ bezeichnete, enthält einen der besten unfreiwilligen Witze, die jemals von Putschern der Staats- und Gesellschaftslehre gemacht wurden. Sie besagt, daß „zwar“ alle Bürger vor dem Gesetz gleich seien, daß „jedoch“ eine Ungleichheit zuzulassen sei, „so weit sie sachlich geboten ist“.

Der Austrofaschismus streift damit die überflüssige Unwahrhaftigkeit ab, mit der die Hitler-Faschisten nach ihrem Staatsstreich vorgegangen sind. Auch sie verkündeten in ihren Reden zweierlei Recht, eines für Anhänger und eines für Nichtanhänger der Hitlerei. Auch sie haben in ihren Gesetzen, in der Praxis ihrer Gerichte und Verwaltungsbehörden weiß Gott nach diesem Grundsatz gehandelt. An dessen Aufnahme in ihre Verfassung hat sie sicherlich nicht Mangel an Schamlosigkeit, sondern taktische Rücksicht gehindert. Die Kleriko-Faschisten setzen an die Spitze ihrer „Verfassung“ die Blasphemie, dieses Mädwort sei „im Namen Gottes“ erlassen. Wer derart ungeniert mit „heiligsten Gütern“ umgeht, von dem kann es nicht Wunder nehmen, wenn er sich auch verfassungsmäßig zum Grundsatz der Rechtsungleichheit bekennt, „so weit sie sachlich geboten ist“.

Was die „Erklärung der Menschenrechte“ von 1789 zum Ausdruck brachte: „Die Menschen werden frei und gleich in ihren Rechten geboren und bleiben es“, was im Jahre 1793 der Konvent dahin präzisierter: „Die Menschen sind von Natur aus gleich und gleich vor dem Gesetz“, das hat also für das heutige Oesterreich nach weniger als 16 Jahren republikanisch-rechtsstaatlicher Gesetzgebung ein unrühmliches Ende gefunden. Die alten Kräfte, deren Walten in der Habsburger Monarchie dem im Kriege gefallenen deutschen Sozialisten Arthur Scholz den Satz in die Feder trieb, ganz Oesterreich sei „ein Haufen organisierter Verwesung“, kriechen jetzt wieder aus ihren Mauslöchern hervor, um „im Namen Gottes“ das alte Habsburgische Schandregiment in der Form der „veredelten Demokratie“ zu wiederholen. Und schon melden sich ihre kaiserlichen Hoheiten, die österreichischen Reichsvererber und ihre Sippschaft, um dieser „Demokratie“ im buchstäblichen Sinn die Krone aufzusetzen. Einstweilen zieren sich die Dollfüße noch. Man wird sich eingedenken.

Die Gleichheitsgrundsätze der „Erklärung der Menschenrechte“ waren nicht nur in die revolutionäre österreichische Verfassung und in die vielgeschmähte Weimarer Verfassung übergegangen. Auch so reaktionäre Landesverfassungen, wie beispielsweise die preußische von 1850 („Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich“) oder die bayerische von 1818 („Gleichheit vor dem Gesetz“) enthalten sie. Wenn die deutsche Reichsverfassung von 1871 sie nicht enthielt, so nicht deshalb, weil sie sie verneint hätte, sondern nur, weil sie aus der historischen Situation heraus von einer Aufzählung von „Grundrechten“ überhaupt abssah.

Der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz bedeutete nach überwiegender Staatsrechtstheorie nicht Gleichheit der Gesetze, sondern nur Gleichheit der Gesetzesanwendung auf alle Rechtsunterworfenen durch die zur Rechtsanwendung berufenen Faktoren, also vor allem durch die Gerichte und Verwaltungsbehörden. Aber auch die Norm von der Gleichheit der Rechtsanwendung sollte keineswegs einem schematischen Gleichheitswahn Tür und Tor öffnen, wie ihn Anatole France so prächtig in seinem Worte ironisiert, das Gesetz verbiete in seiner majestätischen Gleichheit dem Reichen und dem Armen gleichermaßen das Schlafen unter Brücken und das Stehlen von Brot. Die Gleichheit der Rechtsanwendung sollte nicht Ungleiches über einen Kamm scheren. Sie sollte, als ein Gebot materieller Gerechtigkeit, Willkür hintanhaltend, indem sie jedem Rechtsunterworfenen einen Anspruch gab, unter gleichen sachlichen und persönlichen Voraussetzungen gleich behandelt zu werden. Der vorbestrafte Gewohnheitsverbrecher, der eine Sache entwendete, konnte sich nach dieser Doktrin nicht über „Ungleichheit“ beschweren, wenn er schärfer angefaßt wurde, als der Gelegenheitsdelinquent aus Not, der eine gleichwertige Sache wegnahm. Der Beamte konnte nicht „Ungleichheit vor dem Gesetz“ geltend machen, wenn sein jüngerer, aber fähigerer Konkurrent rascher als er vorwärts kam. Es bedarf keiner Vermehrung der Beispiele, um einzusehen, daß wirkliche Gleichheit vor dem Gesetz nur auf dem Boden der Individualisierung der Sachverhalte erwachsen konnte.

Daß nun auch zu der Zeit der Geltung der verfas-

sungsmäßigen Gleichheitsnorm eine faktische Gleichheit im Sinne der gleichmäßigen Anwendung der Gerechtigkeit auf gleiche Sachverhalte, der Vermeidung willkürlicher Behandlung gleicher Sachverhalte, keineswegs überall bestanden hat, ist kein Geheimnis. Die österreichische Justiz war auch in der republikanischen Periode so wenig wie die deutsche gewillt, Klassengesetze oder Klassenjustiz zu beseitigen.

Ihre „Generalstähler“, wie Walther Rode in seinem Buch „Justiz“ die Erfolgstypen vom Schlage des „Hofrat Wach“ nennt, charakterisiert dieser große Kenner und Köhler so: „Die in ihn gesetzten Erwartungen hat Wach niemals getäuscht. Seine Methode verbürgte den Erfolg: Wach war zart gegen den Starken, streng und brutal gegen den Schwachen, und verstand es, die Wahrheit im Keime zu ersticken. Er hat das Strengem mit dem Zarten in sich gepaart, und durch Brutalisierung und Umschmeichelung hat er Parteien und Zeugen beherrscht. Seine weiche, tönende Stimme hat gelockt, und seine Amtshoheit hat frech gewuchert mit dem in sie gesetzten Vertrauen. Nie ist unter einer gelungeneren Maske von Richterwürde und Unparteilichkeit die Wahrheit schändlicher geknebelt worden. Wach war den größten Aufgaben gewachsen.“

Die „erfolgreichen“ Advokaten dieses Klassensystems nennt Rode im günstigen Fall „Shakespeares der Gebühren-Rekurse“, im ungünstigen „Strategen, die unberührt von der Schwäche der Sache des Klienten, von der Absenz jeglichen Rechtsanspruchs, mit fliegenden Fahnen in die Blöße der Gegenseite einmarschieren“.

Der Geist, von dem Rode sagt: „Der Ministerialdirektor macht die Gesetze, sein Vetter, der Landesgerichtsrat, wendet sie an, und sein Sohn, der Professor, bringt sie in ein System“, der Geist, der nicht Recht, sondern Justiz hervorbringt, bei dem Recht haben und Recht bekommen etwas grundsätzlich Verschiedenes ist, er ist auch in der österreichischen Republik lebendig geblieben. Sie hat es, genau so wie die deutsche, verabzäumt, mit den Vertretern dieses Geistes als Staats- und Gesellschaftsbeherrschern aufzuräumen. So konnte auch in Oesterreich die Justiz im unpolitischen Prozeß so sehr wie im politischen ein Instrument der Mächtigen gegen die Schwachen sein und bleiben, und die Ansätze zu einer freiheitlicheren und sozialeren Gesetzgebung, die die Republik machte, waren, vor allem wegen ihrer Schwäche im Personellen, weit entfernt, die Gleichheit vor dem Gesetz zu verbürgen, geschweige denn die Gleichheit der Gesetze.

Man könnte also meinen, die Kodifikation von der „sachlich gebotenen Ungleichheit“ ändere eigentlich an den tatsächlichen Verhältnissen nichts. Und doch ist dem nicht so. Denn immerhin war es bislang für den anständigen Teil der Richter und Verwaltungsbeamten, der gewiß nicht gering war, ein schwerer Vorwurf, wenn einem nachgesagt wurde, subjektiv nicht die Gleichheit aller vor dem Gesetz zu wollen. Dieses Gefühl, die Grundlage aller Gerechtigkeit, soll durch die kleriko-faschistische Verfassung ausgerottet werden. Für sie soll der durch keinerlei parlamentarische Kontrolle, durch keinerlei wirklich freie Presse, durch keinerlei sonstige Einengung in seiner schrankenlosen Macht gehemmte „Gesetzgeber“, der zur Rechtsanwendung berufene Richter und Verwaltungsbeamte, das Ermessen haben, ob im Einzelfall die Gleichheit oder die Ungleichheit vor dem Gesetz „sachlich geboten“ erscheint. Es ist klar, daß dieses Ermessen nur so ausgeübt werden wird und ausgeübt werden kann, wie es der Machterhaltung und den Interessen des Regierungsklüngels und der hinter ihm stehenden gewalttätigen Minderheit entspricht. Man kann sich also leicht vorstellen, ob es einmal als „sachlich geboten“ angesehen werden wird, den Schwachen gegen den Starken, den Proleten gegen den Progen, den Juden gegen den Antisemiten, den Regierungsanhänger gegen den Regierungsgegner, den Bescheidenen gegen den Karrieremacher, den Unabhängigen gegen den Offiziösen zu schützen. Ein System, dessen einzige Grundlage die Gewalt einer Minderheit gegenüber der weit aus überwiegenderen Volksmehrheit ist, kann dieses Ermessen seinem Wesen nach nicht im Sinne der Gerechtigkeit und des Ausgleichs ausüben. Es muß seinem Wesen nach ungerichtet und parteiisch sein, es ist also folgerichtig, die Ungleichheit in ihm mit Verfassungsschutz zu umgeben. Die Ungleichheit wird in ihm solange „sachlich geboten“ sein, bis das betrogene Volk in seiner Gesamtheit diesem System den Laufpaß gibt, indem es sich bewußt wird, welche posthumen Wit und welche Ungeheuerlichkeit zugleich es für ein Volk von Ehre bedeutet, sich im 20. Jahrhundert von Leuten regieren zu lassen, für die „sachlich gebotene Ungleichheit“ ein verfassungsmäßiges Requisite „veredelter Demokratie“ bedeutet.

gen zu bezuden hat. Gleichgültig, ob der Betreffende Medizin oder Jus, Philologie oder Theologie studiert, die Kriegswissenschaft ist obligatorisches Lehrfach an allen deutschen Hochschulen geworden. Die Vorlesungsthemen lauten z. B. an der Universität Halle: „Krieg und christliche Ethik“, „Krieg und Weltwirtschaft“, „Krieg bei den Germanen“, „Krieg und Ernährungsproblem“, „Militärphysik“, „Chemie im Weltkrieg“, „Die Bekämpfung der Epidemien während des Krieges“, „Versorgung der Bevölkerung mit Agrarprodukten und Fleisch während des Krieges“, „Militärgeologische Studien an der Westfront“, „Ziele und Methoden der Militärgeologie“.

Herr Rust weiß ganz genau, was die deutschen Studenten notwendiger und eher gebrauchen als medizinische und juristische Kenntnisse. Die Lehre vom Massenmord ist im nationalsozialistischen Deutschland für jeden, besonders aber für die „Offiziere des dritten Reichs“, wie Rust seine Studenten nennt, unentbehrlich.

Das ist also der Autor einer „Deutschen Passion“. Das Weisheitspiel hat Richard Euringer in die Reihen der geistigen SA. befördert. Er ist so selig darüber, daß er da allein sogar Frau, Kind und Kindeskind anbietet, dem Führer die Stiefel zu kürzen.

Miesmacher

Herr Göbbels schlägt eine neue Schlacht,
er hat sich eisern entschlossen:
hinfort wird im Reich nicht mehr miesgemacht,
es wird gelacht, gelacht, gelacht,
die Miesmacher werden erschossen.

Den Miesmachern graut's vor der Neuerung,
das ganze trübe Gelichter:
der Terror, die hohe Besteuerung,
der Lohnraub und die Teuerung,
sie stellen sich ruhig dem Richter.

Da wird es dem Richter im Magen flau
vor so viel häßlichen Tröpfchen,
doch malen gleich Hunger und Lohnabbau
dem Volk das Leben grau in grau,
er kann sie doch nicht köpfen.

Und ob auch Herr Göbbels weiter lacht,
er weiß schon: die Schlacht ist verloren,
er glaubt seinen eigenen Worten nicht,
und predigt verschlossenen Ohren.

Es wird nicht gelacht,
Es wird mies gemacht,
denn Pleite, Hunger und Not
schreit selbst ein Göbbels nicht tot.

Hugin.

Beordert in die geistige SA.

Richard Euringer an Dr. Göbbels

Richard Euringer, der für sein Werk „Deutsche Passion 1933“ bei der Festigung der Reichskulturkammer am 1. Mai d. J. mit dem Stefan-George-Preis ausgezeichnet wurde, hat an Reichsminister Dr. Göbbels folgenden Brief geschrieben:

Dieser Brief ist so typisch für die Denkungsart eines modernen nationalsozialistischen Dichters, daß wir ihn der Öffentlichkeit nicht vorenthalten wollen.

Die Veröffentlichung geschieht mit Genehmigung des Absenders und Empfängers.

Richard Euringer
Essen-Ruhr, den 3. Mai 1934.

Hochverehrter Herr Reichsminister!

Während der Schriftsteller R. E. mit Zehntausenden Volksgenossen auf das Essener Maifeld zog, hielt die Reichskulturkammer ihre Ehrensitzung ab. So war es ihm versagt, ihr auch nur am Lautsprecher anzuwohnen; er hätte sich aus Reih und Glied stellen müssen, eine Ausnahme zu machen. Er mußte sich schon damit trösten, Dr. Göbbels' große Rede in der Presse nachzulesen. Der Abmarsch hatte sich so verzögert, daß, eh unsere Kolonne auf dem Mülheimer Flugplatz eintraf, der historische Akt vorbei war. Dafür überfiel mich nun im Angesicht der Tausenden plötzlich ein wildgewordener Kamerad mit Weitstanzgesten: „Euringer, Mensch, wissen Sie denn gar nicht, was passiert ist? Wir suchen Sie schon durch den Anrufer!“ Da erfuhr ich denn, was passiert war.

Lassen Sie mich, Herr Reichsminister, das, was passiert war, in die Worte fassen, mit denen Hans Heydt seine Freude ausdrückt: „Inmitten mancher Bitterkeiten trifft mich heute die Nachricht vom Buchpreis Ihrer „Passion“ wie eine große, helle Beglückung: ein breiter Strahl Zuversicht steht wieder am Himmel! Wirklich, ich empfinde dies Urteil wie eine Erlösung aus vielerlei Dunkel: es erfüllt mich mit tiefer Genugtuung und indem ich Ihnen allerherzlichst die Hand drücke, beglückwünsche ich uns zu diesem Durchbruch!“ „Wir“ sind es, die in Ihrer „Passion“ zu Wort und jetzt zu Weitklang gekommen sind, und wenn ich heute in besonderem Sinne auf Sie stolz bin, dann bin ich es auf uns.“

So schreiben mir all die Kameraden, die ich die Mannschaft der Kämpfer um ein neues Schrifttum nenne.

Sie haben einen dieser Männer als typisch für alle beim Namen genannt und so melde ich mich zum Dank. Ich tue dies spät, da ich die Bestätigung der Presse abgewartet und nicht recht wußte, wie mich benehmen. Ich tue es mit wenig Worten, da ich die riesige Arbeitslast kenne, die auf Ihre Kräfte einströmt. So wiederhole ich nur das Wort, das ich Ihnen heute gedrahtet habe:

Den Dank Ihnen, dem Schöpfer und Spender, die Ehre dem geliebten Führer, die Verpflichtung uns, der Mannschaft!

Ich werde weiter mein Leben verschleßen. Ihres Aufrufs wert zu werden. Heute abend aber werde ich mit meiner lieben Frau und den getreuesten Kameraden in der Ufa-Tonwoche den Augenblick doch noch erleben, da Sie einen der unbekanntesten Soldaten des Schrifttums beordern in die geistige SA. So werden wir unter Ihren Augen den heißen Dank zusammenfassen in den Heilruf auf den Führer, der Sie in seiner Mannschaft ehrt.

Hochverehrter Herr Dr. Göbbels — erlauben Sie mir zum Schluß das Volkswort! — ich danke Ihnen mit Heil Hitler! Gott erhalte uns den Führer und die Treuesten seiner Treuen!

gez. Richard Euringer und Frau Trude
zugl. für Kind und Kindeskind.

Christen

„Lasset keine jüdischen Kindlein zu mir kommen“

Die Stadt Berlin hat die städtische Vormundschaft für nichtarische Kinder niedergelegt und die Zuschüsse für die Erziehung jüdischer Kinder, die unehelich geboren sind, eingestellt. Die Stadt fordert die jüdische Gemeinde auf, die Vormundschaften zu übernehmen, andernfalls man die Kinder einfach ihrem ferneren Schicksal überlassen würde. Dieses Beispiel der Stadt Berlin wird zweifellos baldigt von allen anderen deutschen Gemeinden nachgeahmt werden.

Der Kampf gegen wehrlose kleine Kinder paßt ganz zu dem Wesen des Nationalsozialismus und zu dem Schlagwort „Weg mit der Humanitätsduselei!“ Das Christentum der „deutschen Christen“ kennt keine menschlichen Gefühle, kein Mitleid, kein Erbarmen.

Deutsche Religionsstunde

Achtung! Nicht brechen!

„Es ist Religionsstunde. Die Lehrerin berichtet von der Erschaffung der Welt. Sie schildert anschaulich, wie Gott das Licht von der Finsternis schied, das Himmelszelt errichtete, Festland und Meere trennte, Blumen und Bäume hervorbringen ließ, Sonne, Mond und Sterne an das Firmament hing und den Erdball mit allerhand Getier bevölkerte. „Und da ward aus Abend und Morgen der Tag.“ so erzählte sie weiter. „Am 6. Tage, da schuf Gott etwas ganz besonderes, das Wunderbarste, Klügste und Stärkste, was es auf Erden gibt —“

— Lottes Finger fährt in die Höhe. „Ich weiß es, ich weiß es!“ „Nun,“ sagt die Lehrerin freundlich, „so sag es mir!“ „Unsern Herrn Reichskanzler“, ruft das Kind strahlend. (Aus der „Jugend“.)

Rusts Pflichtfach

Die Lehre vom Massenmord

Der Kultusminister Rust hat alle Universitäten angewiesen, daß jeder Student neben seinem speziellen Fachstudium nun auch regelmäßig die kriegswissenschaftlichen Vorlesun-

Kennst du das Land, wo die Orangen blühen . . . ?

Von Erich Gottgeiren (Jerusalem)

„Ganz gleichmäßig — noch gleichmäßiger — — immer noch gleichmäßiger — —“

Sorgsam belehrte Tamari aus Kiem, seit sieben Jahren palästinensischer Siedler, über die beste Methode des Düngeausstreuens Helmut, den Neueinwanderer aus Deutschland. Der schleppte, in der Sonnenglut schwitzend, den schweren mit Kalk angefüllten „Wag“, das ursprünglich als Benzinkanne benutzte Einheitsgefäß des Landes, und entleerte ihm den grauen Fruchtsand, einen halben Becher für die kleinen Orangenbäume, einen vollen fast für die großen. Vor ihm stapfte, die Thuria in der Hand, der Ukrainer, die Bewässerung regulierend. Drei Kilometer weit, in einer primitiven Holzleitung, kam das Wasser von einer Quelle am Berge. Oft genug war die Leitung verschlammte, dann war es Helmut's Aufgabe, sie mit den Händen wieder zu säubern, wobei er die strenge Mahnung zu befolgen hatte, sich nicht auf den heißen Erdboden zu setzen, denn auf dem kriechen zur Zeit der großen Hitze Skorpione herum, deren Biß zwar nicht lebensgefährlich ist, aber etwa zwanzig Stunden lang fürchterliche Schmerzen verursacht; also lauzerte Helmut, brummte und schlopfte den Dred.

Am Abend saßen die Arbeiter, die alten und die neuen, die aus Kiem, Pinst, Berlin, Paris, im Hadar Saal, dem Speise- und Versammlungssaal der Siedlung, berieten den Arbeitsplan des nächsten Tages, bestimmten, wer zu jäten, zu graben, zu wässern, zu düngen und zu schwefeln habe, besprachen, allgemeiner, die Ansichten der Ernte, besorgten, ob genug Arbeitskräfte, sie hereinzubringen, zur Verfügung ständen, und Helmut erfuhr so allmählich die wichtigste Theorie der Citruskultur: 5 Dunam Boden (1 Dunam = 117 Quadratmeter) genügen, um eine Familie bescheiden zu ernähren; Boden in der Küstenebene kostet heute pro Dunam 5 bis 40 Pfund Sterling; die Anlagekosten bis zur Fruchtweite betragen pro Dunam etwa 100 Pfund; ein Pardo (Citrus-Plantage) trägt vom 6. Jahr an Früchte, im 6. Jahr 50 Kisten pro Dunam, vom 10. Jahr ab 120 Kisten, in den letzten Jahren erzielte man pro Kiste vom Baum 4 bis 5 Schillinge. Fast hing der Bestand der Siedlung vom Erfolg der Ernte ab. Teure Maschinen waren zu bezahlen, dreihundert Menschen wollen leben. Ueberhaupt ist Palästina's Citrus-Kultur bis auf weiteres seine Schlüssel-Landwirtschaft, ein Stück seiner Zukunft.

Das waren so Tätigkeiten, Gespräche und Gedanken im Juli.

Seitdem kam der Herbst ins Land, der Winter und der Frühling, die Ernte neigt schon dem Ende entgegen. Und die Ernte ist gut.

Kennst du das Land, wo die Orangen blühen? Meine Informanten, der Präsident der größten Citrus-Exportgesellschaft Palästina's, und ein Gewerkschaftsführer, zeigten eine Reihe jüdischer und arabischer Paradiese im Jaffa, es ist die Gegend, in der Rudolf de Saas' „Orangensplanter von Sarona“ spielt. Der unvergesslichste Eindruck der Kreuz- und Querfahrt: Der Blick vom Napoleonshügel bei Ramatgan. In der Ferne, rot und weiß, Jaffa und des Meeres blauleuchtende Fahne; unter, rings um uns im grünen goldgesprenkelten Wogen ein gewaltiger Orangenhain, dem der betäubende Atem gesegneter Erde entströmt, und, irgendwo, von Männern und Frauen getragen, ein Lied der Arbeit.

Als Napoleon hier war, blühten, alten Berichten zufolge, bei Jaffa bereits Orangenkulturen. Die ersten aus Palästina ausgeführten Apfelsinen bekam vor achtzig Jahren die Königin Victoria. Vor dreißig Jahren betrug der palästinensische Orangenerport 50 000 Kisten. 1926/27 führte man zwei Millionen Kisten aus. In diesem Jahre werden es einschließlich Grapefruit über 5 Millionen Kisten sein. Immer neue Paradiese werden fruchttragend, so daß man für jedes der kommenden Jahre ein bis anderthalb Millionen Kisten Zuwachs erwarten kann. Da noch 150—200 000 Dunam Land anpflanzungsfähig sind, was zusammen mit der gegenwärtig angebauten Fläche 400 000 Dunam Boden ergäbe, ist für Palästina eine Ernte von 30 bis 40 Millionen Kisten pro Jahr möglich, eine Ernte so groß wie die spanische und fast so reich wie die amerikanische — schwärmt der Exporteur. Und schwärmend fährt er fort: Die Frucht verbessert sich von Jahr zu Jahr. Immer wieder werden die kräftigsten Keiser der alten Bäume zur Veredelung der jungen Pflanzen genommen. Der „fruit inspection service“ der Regierung übt eine ständig strenger werdende Kontrolle der zum Verkauf gelangenden Ware aus. Auch sehen die arabischen Pflanzer den jüdischen allmählich alle wertvolleren Verkaufsmethoden ab: die aus Kalifornien übernommene Größenfortierung und die Charterung schneller Frachtschiffe, die die Verkaufsfähigkeit stark herabmindert. — Ein Einwand des Journalisten: Ist man in anderen Ländern nicht ebenso schlau? — Die Antwort des Exporteurs: Gewiß, aber häufiger beimgesucht von schweren Krankheiten oder harten Frösten. Kein Land hat so günstige klimatische Bedingungen wie Palästina, sagen die ersten Sachverständigen der Welt, Professor Powell aus Südafrika und Professor Averson aus Kalifornien. . . . sagt der Exporteur, der seinerseits freilich einen sehr schweren Kummer hat: es ist ihm und seinen Freunden bisher trotz aller Bemühungen noch nicht gelungen, für die palästinensische Orange Zollfreiheit innerhalb des Britischen Imperiums, die sogenannte Imperial Preference, zu gewinnen. Er reiste im Interesse dieses wichtigen Ziels und im Auftrage der vielen zu kooperativen zusammengeschlossenen Kolonisten und Gemeinschaftsführer, mit denen er geschäftlich verbunden ist, zur Reichskonferenz nach Ottawa, aber das Jahrgeld war glatt zum Rasenfenster hinausgeworfen.

Hier ein Knips, dort ein Knips — so werden die goldenen Bälle hier bis fünf Monate lang täglich von den Bäumen geschnitten. Die Gewerkschaften fordern, daß jüdische Unternehmer nur jüdische Arbeiter beschäftigen. Die Unternehmer richten sich unter allerlei, nicht zuletzt auch materiellen Be-

gründungen nicht immer nach diesem Verlangen. So mußten sie es erleben, daß diejenigen jüdischen Arbeiter, die mit Arabern zusammenarbeiten wollten, verprügelt und daß die Straßen, auf denen sie die Frucht abfahren wollten, verbarrikadiert wurden. Manche Kolonisten, selbst arabische unter ihnen, lassen „Picking and Picking“, Pflücken und Packen, gleich durch die Gewerkschaft, den Verkauf durch eine ihr angeschlossene Handelsorganisation erlebigen; so sind sie aller Sorge ledig. Aber diesmal kam es fast zu einer wirtschaftlichen Katastrophe — wegen Arbeitermangels; gewiß ein Kuriosum in dieser Arbeitslosen-Welt. Die Diktatur erließ einen Aufruf an die Bauarbeiter des Landes, Schiffe und Kelle stechen und liegen zu lassen, um beim „Kait“, der Orangenernte, zu helfen. Auch Arbeiter anderer Gewerbezweige, Angehörige, Vertreter akademischer Berufe, selbst ältere Schulklassen wurden zu Pflückern in der Not.

Der jüdische Arbeiter bekommt am Tag etwa 20 bis 25 Pfaster ausgezahlt, der arabische 15—20. Für Qualitätsarbeiter gibt es höhere Löhne, bis zu 100 Pfund Sterling in der Saison! Das bekommen die besten der Väter, die „Aristokraten“ unter den Orangenarbeitern. Ihre Tätigkeit ist äußerst kompliziert, im wahren Sinne des Wortes eine Sache des Fingerspitzengefühls. Die Vorgriffe ihrer Arbeit leistet im Paddock, in dem jede einzelne Frucht vor ihrer Weiterbehandlung drei Tage in Quarantäne lagern muß, der minderbezahlte Kollege und die Maschine: am laufenden Band werden die Apfelsinen in Qualität 1, 2 und 3 sortiert; zur dritten Qualität kommen alle Früchte mit Schönheitsfehlern, also zu runde, zu grüne, zu wässrige, zu kleine und „unheilbar verwundete“. Nun werden die Orangen maschinell gestempelt, dann, gleichfalls maschinell, in mehrere Größen sortiert und den Wicklern zugetrieben, die die Früchte in geradezu atemberaubendem Tempo in Seidenpapier hüllen. Die Väter sitzen auf Sattelsesseln, und vor ihnen steht, in bequemer Höhe, ein Pult, auf dem Pult die Kiste, entweder eine für hundert Stück, oder eine für 225, für 270, für 336 — und in keine Kiste darf eine einzige Orange mehr oder weniger hineingehen; ja, das will gelernt sein, mancher lernt's nie, aber für die, die sich bemühen, gibt's sogar ein richtiges Lehrbuch, im Verlag der in englischer Sprache gedruckten Zeitschrift der palästinensischen Orangensplanzer ist es erschienen. Endlich klopfen die Hämmer die letzten Takte des Erntelieds. Kiste stapelt sich auf Kiste, von jeder leuchtet ein stolzer Name, die Hausmarke. Ein Pfiff die Lokomotive zieht den Segen zum Schiff oder zur Bahn.

Begegnung

Vorprobe aus dem im zweiten Quartal bei der Buchergilde Gutenberg erscheinenden Roman „Schwester Lisa“ von Elisabeth Gertler. Warm scheint die Aprilsonne. Die Jungvögel sind zurückgekehrt und bauen an ihren verlassenen Nestern. In Reinhardt beginnt die Wanderlust anzuwachen. Er drängt darauf, an unsern Arbeitsstellen zu kündigen. In der Fabrik erkläre ich, daß mein Mann in Amsterdam Arbeit gefunden habe. Ich will meinen Kolleginnen von unserem Nomadenleben nichts verraten. Sie beneiden mich in meinem vermeintlichen Glück. Ich komme mir selber fast beneidenswert vor.

Der letzte Tag rückt heran. Am Morgen, zwanzig Minuten vor sieben Uhr, gehe ich durch die Rue du Nord, den gewohnten Weg zur Fabrik. Der Himmel ist voller Sterne, es scheint ein schöner Tag zu werden. Aus allen Häusern kommen dunkle, verummte Gestalten und zerstreuen sich in alle Richtungen. Immer mehr bedauern sich die Straßen, immer lauter dröhnen die Schritte des Arbeiterheeres auf den Trottoirs. — Wo ist Waldberg? Was macht er? Wie denkt er von mir? — Immer noch quälen mich diese Gedanken und haben mir in der Ungehörigkeit des langen Weges zur Fabrik nie Ruhe gelassen. Heute ist der letzte Tag in La Chaux-de-Fonds. Er ist der Schlußpunkt. Morgen bin ich in Paris, und neue Ereignisse werden mir entgegenströmen. Plötzlich schreie ich zusammen. Ist es wirklich Waldberg, der stumm neben mir schreitet? Einen kurzen Moment stehe ich still und schaue die Gestalt neben mir haunend an. Dann gehen wir schweigend weiter, ohne einander die Hand zu reichen. . . .

„Du hast einen neuen Pelz,“ höre ich ihn endlich sagen. Und ich antwortete: „Ja. Und du hast einen neuen Mantel und einen neuen Hut.“ „Ja.“ Stumm gehen wir weiter, bis er wieder beginnt: „Wann reist ihr fort?“

Wissen Sie schon . . .

... woher der Heiligenschein stammt? Aus dem Brahmamandala.

... warum das Ave Maria der englische Gruß heißt? Der verkündende Engel begrüßte Maria so.

... was das Archimedische Prinzip ist? Das Gesetz vom Auftrieb.

... woher der Name Favence stammt? Von der italienischen Stadt Faenza, deren Keramiken im Mittelalter berühmt waren.

... wie naturgetreu die Gemälde des griechischen Malers Apelles wirkten? Die Gemälde wirkten so naturgetreu, daß die Vögel kamen, von den gemalten Trauben zu kosten. Alexander der Große wollte einen gemalten Vorhang beiseite schieben.

... welches das bedeutendste Pferderennen Frankreichs ist? Der Grand Prix de Paris.

Auch Autos mischen ihren Benzinstant in den Apfelsinen: dunkt dieser Erntetage, mit Apfelsinenlasten beladene Kamelkaramanen ziehen zur Stadt, und die teerglatte Landstraße von Ramatgan nach Jaffa ist zur Apfelsinenzeit kaum weniger belebt als die von Potsdam nach Berlin. Der Orient gewöhnt sich an den Karneval des Verkehrs.

Der Apfelsinenzug durch Jaffa führt an einer ganzen Apfelsinenindustrie vorbei. Eine Druckerlei verziert die Einwickelbogen; ein kleines Interview: Der Chef erklärt, er kann die Aufträge nicht bewältigen. In einer Werkstatt werden Kistenbreiter zurechtgezimmert. Eine andere bedruckt die Bretter mit den Namen und Symbolen der Orangensorten, die halbe Hausfront ist in geschickter Werbungsabsicht mit solchen Brettern benagelt. Im Hafen, der jetzt im moderneren von Haifa einen mächtigen Konkurrenztonnen fand, endet die lastige Fahrt fürs erste. Aus Kisten werden Kistenburgen, Kistenberge, die Magazine bersten, mahls quillt der gelbe Segen, wie der fohlschwarze in Gardiss, der baumwollweiße in Alexandria. Die Flut drängt zum Meer, das Meer grüht mit bestigen Stößen schaumigen Gisches über die Ufermauern. Alle brüllen jeden an, die Fahrer die Hafnarbeiter, die Hafnarbeiter die Bootsleute, die Bootsleute die Fahrer. Von Hand zu Hand, von Mann zu Mann wandern die Kisten in die breiten, schaukelnden Rähne am Kai, und unter kurzen arabischen Flüchen und mit langen dünnen Rudern wird die Jaffaer Apfelsinenflotte zu den großen Schiffen gesteuert, die, dirigiert nach einem seit Saisonbeginn festgelegten Fahrplan, mit hohlen, tierigen Ladebäumen vor der Reede warten, sechs Schiffe, acht Schiffe, selbst zehn Schiffe an einem Tag, Schiffe der englischen Form-, Stockward u. Rees-, Laurigen- und Gortonlinie, die sich im Frachtgeschäft den Löwenanteil gesichert haben, norwegische Schiffe, Dampfer der deutschen Levante-Linie, der Svenska-Orient-Linie, des Lloyd Triestino, der ägyptische Redivival Rail. Der im Jahre 1931 gebaute norwegische Dampfer „Donator“ kann sich mit sieben Ladebäumen in 12 Stunden 28 000 Kisten einverleiben! Schließlich dampfen die Süß-Seeschiffe über den Horizont, werfen im Vorbeifahren auf Cypern ein scheeles Bullauge, denn Orangen, die dort gezüchtet werden, genießen im Gegensatz zur stiefmütterlich behandelten palästinensischen „Imperial Preference“, und laufen nach zwölf bis dreizehn Tagen in Liverpool, Glasgow oder Hamburg ein. Wer bietet? Wieviel? Wer bietet mehr? Die palästinensischen Exporteure warten gespannt auf die Telegramme mit den Versteigerungspreisen.

„Heute.“ „Geht du noch in die Fabrik?“ „Ich arbeite nur bis Mittag. Aber warum bist du hier? Wie kommst du wissen, daß wir heute fahren?“

„Ich habe mich im Messerladen telefonisch erkundigt. Sei mir nicht böse deshalb. Können wir noch eine Stunde zusammensein?“

„So lieb, so gut fragt er. Trägt er denn keinen Groll gegen mich? Ich hab ihn doch verraten. Habe seine Liebe um Reinhardt's willen verstoßen. Und nun ist er da, hat sich wie ein Detektiv erkundigt, wann wir abreisen, und ist in der letzten Minute nochmals gekommen, mir die Hand zu drücken.“

Schweigend steigen wir den Hügel hinan. Die Morgendämmerung ist gewichen. Die Sonne scheint den Waldrand. Wir setzen uns hin, halten uns die Hände, und unsere Lippen berühren sich.

„Bist du mir nicht böse, Lieber?“

„Nein, Liebes, aber es hat mich unendlich geschmerzt.“

„Wir haben dich erwarret, konnten nicht verstehen, daß du alles ohne weiteres hinnimmst.“

„Ich fühle, wie ein Juden durch ihn fährt.“

„Wenn ich das gehabt hätte, wäre ich sofort gekommen. Aber ich wollte euch nicht stören. Ich respektiere deinen Entschluß.“

„Eng sitzen wir beisammen und fühlen beide, wie wir uns lieben, wie wenn nie etwas zwischen uns gewesen wäre.“

„Wohin geht ihr?“

„Nach Paris für ein paar Tage. Reinhardt kennt die Stadt nicht. Nachher Brüssel, dann Amsterdam. Und was machst du?“

„Ich male wieder. . . . Habe wieder ein Atelier. Ohne die Kunst hätte ich die Enttäuschung nicht ausgehalten.“

Die Kirchenguhr schlägt neun. Ich bin unruhig, aber es ist das letzte Mal, daß wir beisammen sitzen.

„Ich muß jetzt gehen, Lieber. . . . Leb wohl. Am Herbst komme ich wieder in die Schweiz.“

„Leb wohl, Lisa.“

... welche Staatsmänner man nach dem Ende des Weltkrieges „Die großen Vier“ nannte? Georges Clemenceau, David Lloyd George, Sidney Sonnino und Woodrow Wilson.

13 bei Tisch und - ein Mord

Die letzte Ziehung der französischen Nationallotterie hat ein neues Opfer gefordert. Marinus Chaise-Supot in Bagnolet hat 10 000 Fr. gewonnen. Vergnügt zog er mit seiner ganzen Familie in eine Restaurant, wo es zwischen ihm und einem gewissen Marcel Hennicot zu einem Wortwechsel kam, weil der unbedingt mit eingeladen werden wollte. Später setzte man sich zu Tisch und der Gewinner stellte lächelnd fest, daß 13 am Tische saßen, jetzt müsse einer bald sterben. — Plötzlich drang der abgewiesene Hennicot an der Spitze mehrerer Banditen in das Restaurant ein. Die Teilnehmer des Essens wurden auf die Straße gedrängt, wo von den Banditen Feuer gegeben wurde. Ein Freund des Lotteriegewinners stürzte tot zu Boden, mehrere andere wurden verwundet.

Deutschland - „an den Abgrund geführt“

Die fortschreitende Zersetzung

Der Berliner Sonderkorrespondent des „Manchester Guardian“ berichtet über halblegale Zusammenkünfte deutscher Konserverfabriken, die durch ihre Verwandtschaften, Geschäftsbeziehungen und vor allem durch ihren Zusammenhang mit der Reichswehr Kontakt zu jenen haben, die Deutschland heute beherrschen. Der Korrespondent ist der Auffassung, daß diese konservativen Kreise heute einen Einblick in die deutsche Lage haben, wie sie nicht nur dem Ausland, sondern auch der übergrößen Mehrheit der Nationalsozialisten verwehrt ist. Bei einer Zusammenkunft, die kürzlich über 30 Personen vereinigte, darunter mehrere Konserverfabrikanten von einem gewissen Rang, deren Namen der englische Berichtshinter kennt, erklärte der Leiter der Unterredung — ein hoher Beamter, der dem Adel angehört — sinngemäß etwa folgendes:

„Deutschland wird von Abenteurern regiert (Hitler bezeichnet er ausdrücklich als Ausnahme von dieser Kategorie). Deutschland wird an den Abgrund geführt...“

Die Lage Frankreichs ist konsolidiert worden. Frankreich ist entschlossen, eine endgültige Regelung des Abrüstungsproblems herbeizuführen. Frankreich fordert, daß es entweder eine 300.000 Mann starke Reichswehr mit kurzer Dienstzeit bei Auflösung der SA, gibt oder eine 100.000 Mann starke Reichswehr bei schärfster ausländischer Kontrolle über die SA. Die Reichswehr selbst ist für das letztere, aber die SA-Führer, die ihren Einfluß nicht verlieren wollten, sind für das letztere. Es wird notwendig sein, einige Zugeständnisse zu machen, wenn Gegenmaßnahmen der fremden Mächte vermieden werden sollen...

Die Abenteurer (immer mit Ausnahme Hitlers, der bereit ist, der Auflösung der SA zuzustimmen), sind kurzfristig genug, alles zu riskieren, selbst den Krieg.

Deutschland ist aber gegenwärtig unfähig, einen Krieg zu führen; es wäre in einer Woche besiegt. Die Reichswehr würde einer solchen Politik ihre Unterstützung verweigern müssen, und in diesem Falle wäre es mit Hitlers autoritärer Regierung zu Ende.

Sie würde durch eine Reichswehrdiktatur ersetzt werden.

Wahrscheinlich würde Hitler als Kanzler beibehalten werden, aber die SA und der Hosenhaufen würden zertrümmert werden. Alle nationalen Kräfte unter den Deutschen national und im Stahlhelm müssen sich für die Unterstützung eines solchen Regimes anstrengen. Es wird dann notwendig sein, eine neue Ideologie zu schaffen, denn der Glaube in die „autoritäre“ Partei (NSDAP) und in den „autoritären“ Staat wird zerfallen sein.

Das bedeutet Wegbereiterung für eine monarchistische Restauration, obsonen nur die weitere Entwicklung zeigen wird, ob eine Monarchie möglich ist oder nicht.“

Hitler - Coué

Paris, 13. Mai (Ampere). Der Berliner Korrespondent des „Journal“ schreibt seinem Blatt, daß Adolf Hitler in Deutschland mit Coué verglichen wird, „der seine Kranken durch Suggestion heilt, indem er sie ununterbrochen, selbst wenn sie sich im schlechtesten Zustand befinden, wiederholen läßt: „Es geht mir besser, es geht mir viel besser, ich fühle mich durchaus wohl.““

„Rebellen“

Aus dem Berliner SA-Sturm, der sein Sturmflokal in der Fuldstraße, Ecke Wiesenstraße in Berlin-Kreuzberg hat, sind 20 Mann wegen „Rebellion“ verhaftet und ins Konzentrationslager gebracht worden.

Die geheime Staatspolizei hat plötzlich entdeckt, daß der Bombenwurf unter den Linden von einem Halbirren herührt. Es ist ganz offensichtlich, daß sie mit dieser Erklärung den Claqueurkampf zwischen Rohm und Göring, dem dieser Bombenwurf entsprang, vor der Öffentlichkeit zu ver-

schleiern bemüht ist. Der verhaftete angebliche Täter soll „heiligschwach“ sein, während van der Lubbe z. B. nicht nur von der Gestapo, sondern sogar vom höchsten deutschen Gericht für einen geistig ganz normalen Menschen gehalten wurde. Die ausgelegte Belohnung von 30.000 Mark wird zurückgezogen, und der Bevölkerung wird der gute Rat erteilt, sich um die Angelegenheit nicht mehr zu kümmern.

In Mainz wurde am 2. Mai in früher Morgenstunde eine Razzia durchgeführt, weil während des Festes der nationalen Arbeit zahlreiche illegale Flugblätter verteilt worden waren — in der gleichen Stadt, deren Polizeipräsident sich schon im Dezember vorigen Jahres rühmte, den letzten Kommunisten verhaftet zu haben. 130 Arbeiter, die keines Delikts überführt sind, aber von der Polizei als Kommunisten und Sozialdemokraten bezeichnet wurden, wurden verhaftet und in das Konzentrationslager Eshofen abtransportiert.

Stimmung: schlecht

Wie es das neutrale Ausland sieht

Zürich, 13. Mai (Ampere). Die katholischen „Neuen Zürcher Nachrichten“ schreiben in einem Leitartikel „Eindrücke aus dem dritten Reich“ u. a.:

„Es ist kaum zu glauben, wie stark das „Unbehagen“ in den letzten Wochen gewachsen ist. Die zum deutschen Gruß emporgerechte Hand ballt sich zur Faust, die gegen die erhobene Hand, denen man diese „Schweinerie“ zu verdanken hat, und aus dem gleichen Munde, der vielleicht noch vor 10 Minuten flammande Bekenntnisse zur nationalsozialistischen Bewegung von sich gab, kommen nicht immer sehr liebenswürdige Äußerungen über die herrschende Korruption und Unfähigkeit. Das ganze Regime lebt vom Schein — vom Schein der allgemeinen Zustimmung, die durch eine kunstvolle Verbindung von Propaganda und Terror — vor allem wirtschaftlich-organisatorischem Terror — erzeugt wird. Keiner traut öffentlich dem anderen, und darum wird alle „begeistert“. Wenn von der Volksbegeisterung geredet wird, so ist damit nur die Tatsache propagandistisch zugedeckt, daß die Volksstimmung sehr schlecht ist.“

Göbbels läßt sich rächen

Dr. Wassermann im Konzentrationslager

Berlin, 12. Mai. Am 11. Mai wurde der jüdische Angestellte der Commerz- und Privatbank Dr. Jakob Wassermann, der 1900 in Riga geboren ist, durch die geheime Staatspolizei festgenommen, weil er aufreizende und schwerste Verunglimpfungen persönlicher Art gegen Reichsminister Dr. Goebbels systematisch und in aller Öffentlichkeit in Umlauf gesetzt haben soll. Dr. Wassermann wurde direkt aus dem Vertriebe heraus verhaftet. Dr. Wassermann wurde ins Konzentrationslager Oranienburg gebracht.

Der Katzenjammer

Das Volk hat die Beweihräucherung der Nazibonzen satt

Der Reichsinnenminister Dr. Frick sah sich gezwungen, an die Landesregierungen einen Erlaß zu richten, der sich mit dem Austritt der Unterführer befaßt und in dem es u. a. heißt:

„Der Stellvertreter des Führers hat vor kurzem in einer an die Gauleiter gerichteten Verfügung gegen gewisse Erscheinungen Stellung genommen, die mit der beschriebenen Zurückhaltung, die jeder Parteigenosse und besonders auch jeder Unterführer entsprechend dem Vorbilde des Führers in der Öffentlichkeit beobachten sollte, nicht vereinbar seien. Der Stellvertreter des Führers hat in diesem Zusammenhang besonders auf Feindpropaganda, Kundgebungsabreden, Bildveröffentlichungen, Geburtsdiage, Jubiläumswünsche, Ehrenbürgererschaften, Straßenbenennungen, Be-

hägung bei Besuchen usw. hingewiesen. Indem ich mir diese begründeten Ausführungen des Stellvertreters des Führers in vollem Umfang zu eigen mache, bitte ich, es auch den Inhabern öffentlicher Ämter in Reich, Staat und Gemeinden zur Pflicht zu machen, ihr Auftreten in der Öffentlichkeit nach den gleichen Grundsätzen zu regeln. Im besonderen bitte ich dafür Sorge zu tragen, daß die Verleihung weiterer Ehrenbürgererschaften unterbleibt und daß Straßen- und Ehrenbenennungen nach Lebenden nicht mehr stattfinden.“

Pfälzer Brief

Aus Zweibrücken wird uns geschrieben:

Zweibrücken war mit seiner großen Beamtenbevölkerung und infolge der besonderen Beachtung wegen seiner Grenzlage ein günstiger Boden für die Nazis. Die Arbeiterschaft hätte sich allerdings glänzend gehalten, und man konnte beobachten, daß nie ein solcher Zusammenhalt vorhanden war, wie so starke Demonstrationen zustande kamen, als kurz vor der Machtergreifung der Nazis. Die Arbeiterschaft hat sich auch bis jetzt noch nicht unterwerfen lassen. In den Reihen der bisher 100prozentigen Nazis aber trifft es. Am Geburtsdiage Hitlers kam dies sehr sichtbar zum Ausdruck, denn es war mindestens um 25 Prozent weniger besetzt als im vorigen Jahr.

Aber auch bei der SA ist die veränderte Stimmung zu spüren. Ein Sturm hat bekanntlich 140 Mann. Davon treten heute noch etwa 70-80 Mann an. Es fällt auf, daß ein großer Teil keine Uniform trägt. Ob dieses, wie manche glauben, mit dem beabsichtigten Einfall in den Saarhaat zusammenhängt oder damit, daß sich jeder aus eigenen Mitteln die Uniform beschaffen muß, wozu aber weder Geld noch Lust vorhanden ist, kann im Moment nicht klar beantwortet werden. Jedenfalls wird es stark kritisiert, daß man die Leute anbrüllt: „Warum lassen Sie sich nicht die Haare kurz schneiden?“ „Warum kommen Sie mit solchen Absätzen daher?“ „Wie können Sie mit ganz unpassenden Anzügen am Anzug daherkommen?“ usw. Zwei Mal pro Woche werden die Leute geschlossen zu Vorträgen und Instruktionen geführt. Dabei wird vor- und nachher tüchtig exerziert. Sonntags ist Ausmarsch und nur jeden 4. Sonntag ist ein freier Tag. Jede Schar hat eine Maschinengewehrbesetzung, die Ausbildung geht sehr gründlich vor sich. An Karabinern und Gewehr werden alle ausgebildet. Am 15. 4. war eine große Brigadebesichtigung, verbunden mit Feldübungen.

Der Arbeitsdienst ist geschlossen uniformiert. Gearbeitet wird sehr wenig, dafür um so mehr exerziert. Der richtige Ausdruck wäre nach Ansicht der Leute „Rekrutendepot“.

Die sogenannten Pflichtarbeiter müssen für die Unterstützung ohne den geringsten Zuschlag arbeiten. Sie werden nicht als Erwerbslose geführt.

Die sogenannten Arbeiter des Reinhardt-Programms erhalten täglich zur Unterstützung 20 Pfennig für das Mittagessen und monatlich einen Zuschuß der Winterhilfe von 25 Mark. Letzteres wird aber jetzt eingestrichelt. Ein guter SA-Mann sagte jetzt: „Daben wir dafür gekämpft? Ich mache mich noch unglücklich.“

Soweit die Leute Privatunternehmern für Notstandsarbeiten angewiesen werden, beträgt der Höchstzulohn 50 Pfg. Dabei ist ein Mann mit 6 Kindern, der wöchentlich noch 18 Mark nach Hause bringt, also nicht mehr als der Pflichtarbeiter des Wohlfahrtdienstes.

Den Arbeitern der Webersen Jörn wurde vor 14 Tagen Lohnabbau angekündigt. Die Arbeiterinnen übten daraufhin passive Resistenz. Nachdem die Verhandlungen fruchtlos verlaufen waren, wurden sie gezwungen, wieder zu arbeiten. Sie wurden damit getrostet, die Angelegenheit sei nach Rendsburg weitergegeben. Dort ist der Industriellenverband. Man kann sich leicht die Stimmung unter diesen Umständen vorstellen.

Die Führer versuchen, jetzt die unzufriedene Bevölkerung, besonders die Arbeiterschaft damit zu beruhigen, daß sie sagen, das Saargebiet müsse jetzt noch rückwärtsgerichtet werden, dann ginge es mit Ernst an die Großen, an die Kapitalisten. Die Arbeiter wissen natürlich sehr gut, daß auch im Saargebiet der Großkapitalist Röhling „führt“ und seinen keine Neigung, sich mit solchen Schmarren einwickeln zu lassen.

Als anfallend kann noch angeführt werden, daß wiederholt große Strecken hart an der Grenze zwischen Pirmasens und Zweibrücken gesperrt waren wegen Unruhen, an denen auch die Postbeamten und die Gendarmen teilnahmen. Auch die jetzt genannten Beamten werden sehr eifrig zu Streikübungen herangezogen und entfalten einen gewissen Wett-eifer untereinander.

Prozeß gegen Paula Wallisch

Von Marc Sommerhausen

Der Brüsseler Rechtsanwalt und Abgeordnete Marc Sommerhausen hat in Vertretung der Liga für Menschenrechte an der Hauptverhandlung gegen Paula Wallisch und Maria Ferner teilgenommen. Er berichtet darüber im Brüsseler „Peuple“:

Im Schwurgerichtssaal von Leoben drängt sich die Menge. Man sieht über zwei Frauen zu Gericht. Das Publikum sieht nur ihre Rücken — es ist erst zugelassen worden, als die Angeklagten schon auf der Anklagebank saßen. Das Verhör mit der Frau im schwarzen Kleid ist beendet. Sie erhebt sich einen Augenblick aus dem Saal entfernen zu dürfen. Sie versucht es, aufzustehen, aber, gelähmt, bricht sie in die Arme der Gendarmen, die neben ihr stehen, zusammen. Ein Murren des Schreckens geht durch den Saal. Die Männer lassen die Hände. Die Frauen schluchzen. Diese Angeklagte, geschüttelt von einem konvulsischen Zittern, ist Paula Wallisch. Im Februar war sie jung und voll Lebenskraft — seit der Hinrichtung ihres Mannes ist sie eine menschliche Ruine.

Zahllose Versuche sind unternommen worden, ihr den Kalvarienberg dieses Prozesses zu ersparen. Aber der Doh der Heimwehr war stärker. Er hatte an der Leiche des Mannes nicht genug.

Paula Wallisch ist angeklagt, den Schußhändlern während des Kampfes Tee und belegte Brote gebracht zu haben. Das ist alles, was der Staatsanwalt gegen sie vorbringen kann. Das ist in seinen Augen Teilnahme am Bürgerkrieg, das ist Hochverrat.

Paula Wallisch ist physisch gebrochen, aber nicht moralisch. Mit einer kriechenden, erschütterten, fast kindlichen Stimme berichtet sie das fürchterliche Erlebnis.

Am 12. Februar morgens meldete ein Bote, daß der Generalkriegsbeginn. Wallisch verließ in einem Taxi Graz, um sich zu den Arbeitern von Brund zu begeben, denen er versprochen hat, in der Stunde des Kampfes bei ihnen zu sein. Er hatte diese Stunde kommen gesehen, aber nicht ohne ernste Beforgnis.

„Nacht Tage vorher,“ erzählt Frau Wallisch, „habe ich meinen Mann mit einem Arbeitslosen darüber sprechen gehört. „Wann geht es endlich los, Wallisch?“ fragte der Arbeitslose. „Anfangen ist leicht,“ sagte Wallisch, „aber dann?“ „Du hast leicht reden,“ sagte der Arbeitslose, „du hast dein Einkommen. Aber wir, die wir seit Jahren vor Hunger am Verrecken sind, wie hastens nicht mehr aus. Im übrigen werden die Nazis mit uns gehen.“ „Bildet euch das nicht ein,“ antwortete Wallisch. „Die Nazis werden nicht mit dem Finger rühren. Und die Eisenbahner werden nicht mitstreifen.“ Wallisch hatte keine Illusionen über den Kampf, den er begann. Als er aber unvermeidlich geworden war, stellte er sich an die Spitze. Und seine Frau fuhr mit ihm nach Brund.

Der Abend kam. Die kämpfenden Schußhändler hatten nichts zu essen. Manche wollten requirieren gehen. Da eilte Paula in den Konsumverein, brachte Lebensmittel und verteilte sie mit Hilfe anderer Frauen unter den kämpfenden.

Am nächsten Morgen — der Rückzug. Paula will dem Gericht

das Heldentum von den vierhundert Schußhändlern erzählen, die sich mit der Waffe in der Hand zur jugoslawischen Grenze durchzuschlagen versuchten. Sie will von dem Verrat des Muth sprechen, der sich ergeben und den Rückzug seiner Kameraden verraten hat, von der Gefangenennahme ihres Mannes, von den araulamen Stunden im Gefängnis, von den schürkischen Schergen der Offiziere nach dem Todesurteil. Der Präsident Vogel, der selbst im Februar die Heimwehr kommandiert hat, unterbricht sie: „Das interessiert den Gerichtshof nicht. Wann sind Sie gefangen genommen worden?“ Paula antwortet: „Am 11. Uhr vor-mittags. Man hat mich so gefesselt, daß die Spuren der Hefeln noch nach zwei Tagen sichtbar waren.“ Der Präsident: „Das hat mit der Anklage nichts zu tun.“

Wunderbare Frau — wie auch die zweite Angeklagte, Maria Ferner, die Obmannin der Frauenorganisation von Brund.

Der Staatsanwalt verlangt die strenge Verurteilung der Angeklagten. „Sie behaupten heute,“ sagt er, „Sie hätten die Lebensmittel verteilt, um Pfänderungen zu verhindern. Ich glaube nicht daran. In der Voruntersuchung haben Sie dieses Motiv nicht angegeben.“ „Ich wollte nichts sagen, was den

Schuld und nur im geringsten herabsagen konnte,“ antwortet Schlagfertig Maria Ferner.

Das Wort hat der Verteidiger. Dr. Blicher erhebt sich auf seinen zwei Stöcken. Erregendes Schauspiel, dieser Schwerinvalide des Weltkrieges als Verteidiger von Paula Wallisch, der Schwerinvaliden der Revolution.

Der Verteidiger zeigt die juristische Unhaltbarkeit der Anklage. Er spricht von dem Martirium seiner Klientin. Aber er spricht vorsichtig. Denn ein Kommissar des Sicherheitsdirektors ist im Saal, auf den Vorwand lauernd, den sozialdemokratischen Rechtsanwalt in ein Konzentrationslager zu schicken. Der Rechtsanwalt, der Maria Ferner verteidigt, hat sieben Wochen dort verbracht, ohne auch nur den Grund seiner Verhaftung zu erfahren.

Die Geschworenen ziehen sich mit dem Gerichtshof zurück. Die Geschworenen möchten freisprechen. Der Präsident besteht auf der Verurteilung. Nach einer halben Stunde ist es entschieden. Ein Jahr schwerer Kerker. Abermals im Saal sichtbare Erregung. Als die Verurteilten abgeführt werden steht alles auf, die Frauen winken mit den Taschentüchern und rufen:

„Paula! Paula!“

Die Gendarmen selbst sind zu ergriffen, um diese Demonstration zu unterdrücken.

Der Verteidiger telefoniert nach Graz. Er verlangt die Enthaltung Paula Wallisch wegen ihres Gesundheitszustandes. Die Nachricht, daß die beiden Frauen entlassen werden, verbreitet sich mit Windstille in der Stadt. Straßen und Plätze vor dem Gefängnisgebäude sind schwarz von Menschen. Aber der Sicherheitsdirektor hat angeordnet: „Alle Demonstrationen zu unterdrücken.“

Erst in der Abenddämmerung wird Paula Wallisch durch eine Sellenstr in ein Auto getragen. Jetzt ruht sie in einem kleinen weißen Zimmer eines Krankenhauses aus. Sechs Wochen Behandlung, dann wenigstens sechs Wochen Resonanzkur,“ sagt der Nervenpezialist, der auch die 92-jährige Stenack, der in Graz gefangen wurde, behandelt hat. Und dann? Soll Paula Wallisch dann in den Kerker? Oder wird man sie dann in ein Konzentrationslager sperren, um sie der Anbetung der Bevölkerung zu entziehen? Wenn es noch so etwas wie ein Menschheitsgewissen gibt, so kann das nicht geschehen.

Das Neueste

Bei einer am Sonntag von den Faschisten veranstalteten Versammlung in Newcastle on Tyne in England kam es zu erheblichen Zusammenstößen. Das frühere sozialistische Unterhausemitglied Joe Bedett verurteilte, eine Rede zu halten, wurde aber mit Rufen wie „Verräter“ am Sprechen verhindert. Die Polizei machte der Versammlung ein Ende und führte Bedett und mehrere Schwarzhemden zum faschistischen Hauptquartier. Darauf versammelte sich eine nach Tausenden zählende Menschenmenge vor dem Gebäude. Es wurden Plastersteine und Flaschen geworfen. Bei Schlägereien wurden Stöße als Waffe benutzt. Ein großes Fenster des Hauptquartiers wurde zertrümmert. Ein Faschist trug Kopfverletzungen davon. Die Polizei nahm zwei Verhaftungen vor.

Der auch in Deutschland bekannte französische Filmschauspieler Rene Lescure hat am Sonntag einen schweren Reitunfall erlitten und liegt in besorgniserregendem Zustande im Krankenhaus. Lescure ist ein bekannter Herrenreiter und beteiligt sich häufig an Pferderennen. Bei einem solchen Rennen stürzte er am Sonntag so unglücklich, daß er sich schwere Kopfverletzungen und wahrscheinlich auch einen Schädelbruch zuzog.

Der Boxkampf zwischen Max Schmeling und dem Spanier Basilio in Barcelona endete nach zwölf Runden unentschieden.

Nach einer Gasaufmeldung ist Trozki am Sonntag in Richtung nach Balloccine abgereist, um sich nach der Schweiz zu begeben.

Der kommunistische Bürgermeister von St. Denis, Doriot, der vor kurzem seinen Rücktritt eingereicht hatte, um die Wähler über seine Meinungsverschiedenheiten mit der 2. Internationale zu lassen, ist am Sonntag erneut mit 27 von 28 Stimmen zum Bürgermeister gewählt worden. Bei den Gemeinderatswahlen, die vor 14 Tagen stattfanden, wurden fast ausschließlich die Kandidaten der Liste Doriot's gewählt. Der Pariser Vorort St. Denis bleibt also unter kommunistischer Führung.

Pariser Berichte

Gide-Strawinsky - Premiere in der Pariser Großen Oper

Der erste Abend des Ballets Ida Rubinstein

Eine Pariser Frühjahrsaison ist seit Vorkriegsjahren nicht ohne Gastspiel eines berühmten russischen Balletts denkbar. Heuer ist die Gruppe Ida Rubinstein eingezogen zu zwei recht aufschlußreichen Ballettabenden, deren erster wohl die interessanteste musikalische Premiere dieser ganzen Spielzeit 1933/34 brachte: das choreografische Gedicht „Persephone“, dessen Text von André Gide, dessen Musik von Igor Strawinsky stammt.

Sucht man nach einer verbindlichen Leitidee für die drei verschiedenen Werke des ersten Ballettabends der Rubinstein-Gruppe, so sind die Persephone von Gide Strawinsky, die „Diane de Poitiers“ von Ibert und „La Valse“ von Ravel, so wäre sie vielleicht darin zu finden, daß alle drei mit modernsten Mitteln die Tanzinhalte verschiedener historischer Epochen wiederzugeben oder doch zu besiegeln suchen.

Als reines Kunstgewerbe zu bewerten ist das Mittelstück dieses ungleichen Triptychons: das dreibildrige Ballett „Diane de Poitiers“, zu dessen Vertonung Jacques Ibert Tänze und Gesänge aus dem 16. Jahrhundert, in der sie die Geliebte Heinrichs II. war, verwendet hat. Die Partitur gibt ein glänzendes, sich aber auch in den äußerlichen Effekten erschöpfendes Klangbild; sie hält nicht ganz, was der Name des Komponisten verspricht. Die Bühne zeigt ein übliches, nur lose durch eine Pantomime zusammengehaltenes Divertissement klassischer Tanzformen, im Rahmen etwa einer modernisierten Meyerbeerdekoration, die Alexander Benois in farbsatten Tönen geschaffen hat. Von Solisten ist hier wie in allen drei Programmteilen neben Ida Rubinstein nur ihr Partner Anatole Wiljak zu erwähnen. Alles andere ist Gruppenleistung, geordnet durch Michel Fokine.

Fokine hat auch die tänzerische Gestaltung von Ravel's „La Valse“ geschaffen. Dies klassische Werk des französischen musikalischen Impressionismus, eine unvergleichlich farb- und schwingvolle Orchesterparaphrase über den Begriff „Wiener Walzer“, bildet in einer Dekoration von Benois, einem Ballsaal des zweiten Kaiserreichs — den effektvollen Abschluß des Abends.

Die Uraufführung des neuesten Strawinskyschen Opus unter Leitung des Komponisten stand an der Spitze. Man sehe einmal von aller äußeren sensationellen Aufmachung ab, die Uraufführung eines neuen Bühnenwerkes von Strawinsky läßt jeden an der Entwicklung der Musik, der Kunst überhaupt Interessierten aufhorchen. Der Weg dieses schon vor dem Kriege in Paris beheimateten Russen war zeitweilig mit dem der neuen Musik identisch, er ist es vielleicht auch mit diesem vorläufig letzten Werk noch. Der Revolutionär Strawinsky, mit dessen „Frühlingsweihe“ einst asiatische Urkraft in die milde westeuropäische Musik einzubrechen schien, hat sich auf Pariser Boden verhältnismäßig schnell zum „Klassizisten“ gewandelt.

Jede Station des Weges war eine Überraschung für die Musikwelt: jedes neue Werk brachte gänzlich Unerwartetes, was sich bei näherem Zusehen doch als entwicklungsmaßig Folgerichtiges darstellte.

Man denke an die Hauptstationen der letzten 15 Jahre: die „Geschichte vom Soldaten“, die nach den Monstrepartituren der Frühzeit eine Materialbeschränkung ohnegleichen brachte und eine völlig neue Art musikalischen Bühnenspiels schuf. Das „Pulcinella“-Ballett, eine Fantasie über Themen Pergoleses, als Gelegenheitskomposition geschrieben, das eines der wesentlichsten Werke neuerer Orchestertechnik darstellt. Die Oper „Oedipus Rex“ auf einen lateinischen Text von Cocteau komponiert, als Typus einer neuen „statischen“ Oratorien-Oper gedacht. Das „antike“ Ballett „Apollon Musagète“, das in seinem Streichorchestersatz rein klassizistischen Idealen zustrebt. Im Gegensatz hierzu wiederum die Musik zu dem Ballett „Der Kuß der Fee“, die einen neuen Romantizismus zu propagieren schien. Man wird das Ueberraschende des neuen Bühnenwerkes darin finden, daß es keine neuen Ausblicke eröffnet, nichts Uer-

Tel. Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten. b) Chirurgie c) Orthopädie d) Geburtshilfliche Klinik e) Zahnärztliches Kabinett

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Dr. Spécialiste

30, rue de Rivoli - Métro: Châtelet

RADIKALE HEILUNG von BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN

Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden Elektrizität Impulsverfahren Treppsteine v. v. Einspritzungen
Blut- und Harn-Untersuchungen, Spektroskopie, Salvarsan, Wismut usw.
Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-5 Uhr Sonntags von 9-12 Uhr
Konsultationen von 25 Fr. ab.
Man spricht deutsch

Doktor Wachtel und Doktor Axel

Geschlechtskrankheiten, Männer und Frauen
Nase, Hals, Ohren
123, Bd. Sébastopol. - Sprechstunden v. 9-12 u. 2-5 Uhr. Sonntags vormittags
Métro: Reaumur, St. Denis

INSERIEREN BRINGT GEWINN

Docteur Spécialiste

DEUTSCHSPRECHEND
Münchener u. Pariser Fakultät
17, rue Reaumur
Métro Arts-et-Métiers od. République

Frauen-, Blut-, Haut-, Harn- und Geschlechtskrankheiten, Tripper, Syphilis, Männerschwäche, Neueste Heilverfahren, Elektrizität.

Harn-, Samen- und Blutanalysen.
Mäßige Heilungen. (Auch für Kassenversicherte.)
Täglich von 9-1 und 4-6, 30. Uhr. Sonntags und Feiertags von 9 bis 1 u. auf Rend. v. Tel. Arch. 54-27

Dollfuß-Starhemberg-Front

DRS. Wien, 18. Mai. Amtlich wird gemeldet: Der Führer der Vaterländischen Front, Bundeskanzler Dr. Dollfuß, und sein Stellvertreter, Vizekanzler Starhemberg, teilen in einem von beiden unterzeichneten Aufruf den bevorstehenden Zusammenschluß aller „vaterländischen Organisationen und Gruppen“ mit.

Der rasende Rennwagen

Bisher acht Tote

Paris, 18. Mai. Bei dem Autorennen, das der Automobilsportclub de France am Sonntag in Fontainebleau veranstaltete, fuhr der Bugatti-Wagen, der von Eric gesteuert wurde, 300 Meter vor dem Ziel aus bisher noch unbekanntem Grund in die dichtgedrängt stehende Menschenmenge. Bisher sind sechs Tote gemeldet worden, darunter zwei Soldaten. Viele Personen wurden verletzt. Einer Frau wurde der Kopf abgefahren.

Der Fahrer des Unglückswagens Eric ist im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen. Wie sich nun herausstellt, war der Name Vora lediglich ein Pseudonym, das sich der Militärliegeur Codin angeeignet hatte, da er sich unter seinem eigenen Namen während seiner Dienstzeit nicht hätte an Automobilsportrennen beteiligen dürfen. Codin war 28 Jahre alt.

Das Paris, 14. Mai. Die Zahl der Toten bei dem furchtbaren Autounfall in Fontainebleau hat sich inzwischen auf acht erhöht. Einer der Schwerverletzten ist in den späten Abendstunden des Sonntag im Krankenhaus gestorben. Ueber fünf andere Schwerverletzte können sich die Ärzte noch nicht äußern, doch befürchtet man, daß der eine oder andere von ihnen kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

Die Ursache

Die nähere Untersuchung der Ursache des Unglücks hat ergeben, daß die ursprüngliche Annahme, wonach der Fahrer des verunglückten Wagens durch einen auf die Rennstrecke gelangenen Hund abgelenkt worden sei, nicht haltbar ist. Es hat sich vielmehr gezeigt, daß der Wagen selbst gewisse Fehler aufwies, die als die eigentliche Ursache des Unglücks angesehen werden müssen. Eine der beiden Bremsen hatte sich unterwegs gelöst und war abgefallen. Als der Fahrer kurz vor dem Ziel im 170-Kilometer-Tempo ansetzte, wollte er bremsen. Da aber nur eine Scheibe auf die Räder wirkte, wurde der Wagen zur Seite gedrückt und raste in die Menge. Man hat ferner festgestellt, daß der Ordnungsdienst entgegen den polizeilichen Anordnungen es geduldet hatte, daß die Zuschauer die eigentliche Abgrenzung überschritten und bis dicht an die Rennbahn herankamen. Wären die polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen genau befolgt worden, hätte es wahrscheinlich keinen oder immerhin weniger Tote gegeben.

BRIEFKÄSTEN

NS-Film-Theater Saarbrücken. Im neuen Programm eröffnet Georges Milton die Zuschauer in seinem tollen Film „Der König der Könige“ (Hauptrolle: der Pariser Straßenläufer). Der Film läuft in der deutschen Bearbeitung von Kay Groll. Im Vorprogramm das neue Pothe-Journal, die interessante und reichhaltige Zeitschrift mit ihrer Sonderhefte für die Frauwelt. — Die Nachschreibung zeigt Douglas Fairbanks in seinem ersten kauderwatschenigen Tonfilm „Ein moderner Robinson“ (Wärchen auf Zählst.)

Welsbourne. Ihre Anregung anlässlich der Jahrhundertfeier der Stadt Welsbourne wird unsere Geschäftsleitung prüfen und wahrscheinlich verwirklichen können.

„Kölnischer Heizermännchen“. Wie Sie uns schreiben, daß es jähling bei Euch einen interessanten Predigtprophet: Ein Kölner Pfarrer hatte in einer Predigt von einer „Düstererbin“, „Serienmörderin“ usw. gesprochen, ohne einen Namen zu nennen. Eine Frau ließ sich getroffen und erhob Klage gegen den Pfarrer. Das Kölner Landgericht kam dem Antrag der Klägerin nach und untersagte dem Geistlichen, die Klägerin fernerhin mit wenn auch nur unpersonlichen Redewendungen in der Kirche zu belästigen. Kritik über Vorkommnisse in der Kirche, heißt das Gericht, sei zulässig, aber nicht, wenn es sich um eine „eindeutig im Mittelpunkt stehende Persönlichkeit“ handelt. — Da können Eure Pfarrer also in Zukunft nur noch unter Gefahr eines Belästigungsprozesses nach dem Wort von Jean Paul handeln: „Die Predigten sind Kehrseiten, die den Urat von acht Tagen aus den Herzen der Zuhörer herausfegen.“

V. V. Frau. Wir glauben aus reichlichen Erfahrungen nicht, daß die Veröffentlichung Ihrer gutgemeinten Aufsätze den Emigranten nützen würde. Sie leben die Problematik doch viel zu einfach. Nehmen Sie uns die Ablehnung Ihres Aufsatzes nicht abel. Wir haben nur sachliche Gründe.

„Der Kampf“ schreibt uns: „Die Ereignisse in Österreich haben das Weiterbestehen der Monatschrift der österreichischen Sozialdemokratie, des „Kampf“, nach einer sechszwanzigjährigen ehrenvollen Geschichte dieser Zeitschrift, in Wien unmöglich gemacht. Die in die Illegalität gezwungene Partei bedarf aber erst recht einer solchen Zeitschrift zur Erörterung der aus einer so gründlich gewandelten Situation sich ergebenden Probleme. Das Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokratie und der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei haben nun beschlossen, den „Kampf“ mit der Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, der „Tribüne“, zusammenzuführen. Diese gemeinsame Zeitschrift wird vom 1. Mai an mit dem alten ehrenvollen Namen „Der Kampf“ erscheinen. Wir bitten Sie, Ihren Beitrag zum Wiederaufleben des „Kampf“ zu berichten. Mit sozialistischen Grüßen: Redaktion und Verwaltung „Der Kampf“, Prag XII, Sochova tr. 62/V.“

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pij in Dübweiler; für Ankerate: Otto Kuhn in Saarbrücken. Notationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5. — Schließfach 770 Saarbrücken.